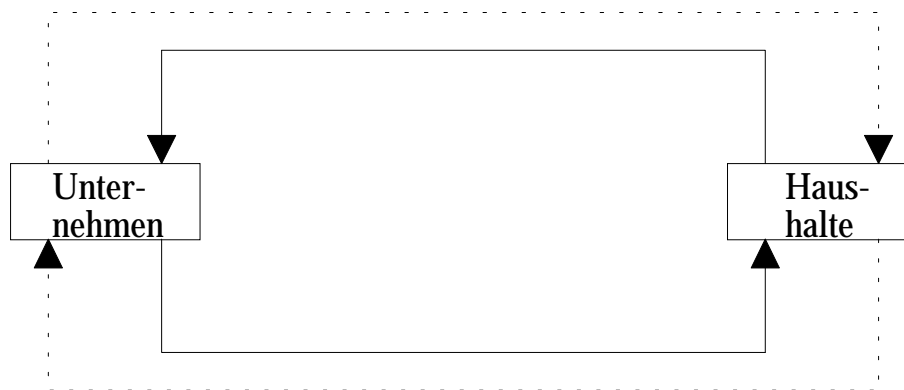


Inhaltsverzeichnis macro

Nr.	Kapitel (durch anklicken auswählen)
01	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
02	Die Produktionsfaktoren
03	Geld und Inflation
04	Konjunktur und Wachstum
05	Oekonomie und Oekologie (Subthema zu 04)
06	Sozialpolitik
07	Finanzwirtschaft
08	Aussenwirtschaft

Thema 01: **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung**

1. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung geht von der **Kreislaufidee** aus. Der **einfachste Wirtschaftskreislauf** zeigt sich wie folgt (ergänzen!):



2. Es gibt **drei Ansätze** in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

- 2.1. **Produktionsansatz** ➡
- 2.2. **Verteilungsansatz** ➡
- 2.3. **Verwendungsansatz** ➡

3. Für die Gesamtwirtschaft wird der Produktions- und der Verwendungsansatz im Konto C0 erfasst.

Waren und Dienstleistungskonto (C0)

Verwendungsansatz	Produktionsansatz
Letzter Verbrauch im Wirtschaftsgebiet	Produktion von Waren und Dienstleistungen
Bruttoinvestitionen	- Vorleistungen
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	Nichtabzugsfähige Mehrwertsteuer
- Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	Nettoeinfuhrabgaben
Total = Bruttoinlandprodukt	Total = Bruttoinlandprodukt

4. Das **Bruttoinlandprodukt nach Verwendungsarten**, zu laufenden Preisen, 1995

Gliederung	in Mio. Fr.
Letzter Verbrauch von privaten Haushalten und POoE in der Schweiz	
Letzter Verbrauch von öffentlichen Haushalten und Sozialvers.	
Ausrüstungsinvestitionen	
Bauinvestitionen	
Vorratsveränderungen	
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	
abzüglich Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	
Bruttoinlandprodukt zu Marktpreisen	

5. Letzter Verbrauch gemäss Inländer- und Inlandkonzept, zu laufenden Preisen, 1995

Gliederung	in Mio. Fr.
Letzter Verbrauch von Gebietsansässigen (Inländerkonzept)	
abzüglich: Letzter Verbrauch von gebietsansässigen privaten Haushalten in der übrigen Welt	
Letzter Verbrauch von gebietsfremden privaten Haushalten in der Schweiz	
Letzter Verbrauch in der Schweiz (Inlandkonzept)	

6. Wichtige gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Aggregate, zu laufenden Preisen, 1995

Gliederung	
Mittlere Wohnbevölkerung in 1000	7'081
Vollzeitäquivalente Beschäftigung in 1000	3'044
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und POeE pro Einwohner	
Letzter Verbrauch der privaten Haushalte und der POeE pro Vollzeitäquivalent	
Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens	
Bruttoinlandprodukt pro beschäftigte Person	

7. Uebungen

7.1. Berechnen Sie das Bruttoinlandprodukt auf Grund der folgenden Angaben:

Letzter Verbrauch im Wirtschaftsgebiet	259
Produktion von Waren und Dienstleistungen	655
Vorleistungen	308
nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer	12
Nettoeinfuhrabgaben	6

7.2. Wie gross sind die Bruttoinvestitionen?

Ausrüstungsinvestitionen	320
Bauinvestitionen	2'800
Vorratsabnahmen	300

7.3. Wie gross sind die Ersparnisse in % des verfügbaren Einkommens?

Verfügbares Bruttoeinkommen	238
Letzter Verbrauch von Gebietsansässigen	217
Bruttoersparnis	?

7.4. Welches ist der Unterschied zwischen Brutto- und Nettoersparnis?

7.5. Welches ist der Unterschied zwischen Bruttoinlandprodukt und Bruttosozialprodukt?

8. **Definition BIP** = Marktwert aller (End-)Güter und Dienste, die in einem Land während einem bestimmten Zeitraum hergestellt werden
Elemente bestimmen!

9. **Zusammensetzung BIP** (mit internationalen Abkürzungen):

$$\text{BIP} = Y = C + I + G + \text{NX}$$

Was bedeuten diese Abkürzungen?

10. **Nominale und reale Grössen**

- **Nominale** Grössen ➔ zu **laufenden** Preisen
- **Reale** Grössen ➔ zu Preisen eines **Basisjahres**

Das nominale BIP zeigt den Marktwert des BIP zu laufenden Preisen. Eine Erhöhung (Verminderung analog) im Vergleich zum Vorjahr kann zwei Gründe haben:

- ① Preiserhöhungen
- ② Mengenerhöhungen

Um die Preiserhöhungen auszuschalten, wird das reale BIP berechnet und bei Mehrjahresvergleichen bevorzugt verwendet.

Beispiel (CH 1994/95, BIP in Mrd. Fr.)

Jahr	nominales BIP	BIP-Deflator (1990 = 100)	reales BIP (zu Preisen 1990)
1994	357,2		314,3
1995	364,5		316,7
Zunahmen			
Zunahmen in %			

Fehlende Grössen ermitteln und interpretieren.

Formeln:

- $\text{BIP-Deflator} = \frac{\text{nominales BIP} \cdot 100}{\text{reales BIP}}$
- $\text{Wachstumsrate des realen BIP} = \frac{(\text{rBIP } 1 - \text{rBIP } 0) \cdot 100}{\text{rBIP } 0}$

11. Übung: Berechnen Sie alle fehlenden Grössen

Jahr	nominales BIP	BIP-Deflator (1990 = 100)	reales BIP (zu Preisen 1990)
4	600	112	
5	640	116	
Zunahmen			
Zunahmen in %			

Interpretieren Sie die Ergebnisse.

Thema 02: Die Produktionsfaktoren

Vorbemerkungen

In einer Unternehmung werden Arbeit, Werkstoffe und Betriebsmittel zur Herstellung von Gütern und Diensten kombiniert. Man spricht in diesem Zusammenhang von **Produktionsfaktoren**. Eine ähnliche Kombination von Produktionsfaktoren (auch Inputfaktoren genannt) erfolgt auf **volkswirtschaftlicher Ebene**. Klassische volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren sind: **Boden, Arbeit und Kapital**; neu zusätzlich der **technische Fortschritt**.

Die Kombination der Produktionsfaktoren kann als **volkswirtschaftlicher Produktionsprozess** mit Inputgrößen (Arbeit, Boden, Kapital) und Outputgrößen (Konsum-, Investitionsgüter) aufgefasst werden. Die Investitionsgüter ihrerseits erhöhen das eingesetzte Kapital (Graphik).

1. Der Boden

1.1. **Eigenschaften** des Bodens: Er ist nicht vermehrbar und nicht transportierbar, aber mobilisierbar, d.h., das Eigentum am Boden ist übertragbar.

1.2. **Funktionen** des Bodens:

- Anbau
- Abbau
- Standort

1.3. **Gesetzmässigkeiten im Zusammenhang mit dem Boden**

- **Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs** (Ertragsgesetz)
(nach Jacques Turgot, 1727 bis 1781)

Grundaussage: Bei einseitiger Vermehrung eines Produktionsfaktors, z.B. der Arbeit, und Konstanz der andern Produktionsfaktoren, wie Boden und Kapital, können anfangs steigende zusätzliche Erträge (Grenzerträge) erwirtschaftet werden; von einem bestimmten Punkt an gibt es fallende zusätzliche Erträge.

Zahlenbeispiel (Grenzertrag noch ermitteln!/Graphiken erstellen)

Aufwand an Arbeitstagen	Gesamtertrag in Tonnen	Grenzertrag in Tonnen
1	2.0	
2	4.5	
3	9.0	
4	15.0	
5	20.0	
6	24.0	
7	27.0	
8	29.5	
9	31.5	
10	33.0	

- **Verelendungstheorie von Robert Malthus (1776 bis 1834)**
Hauptgedanke: Infolge des Gesetzes des abnehmenden Ertragszuwachses müsse die Menschheit angesichts der Bevölkerungsvermehrung langsam verhungern, **wenn** nichts Entscheidendes gegen die Bevölkerungsvermehrung getan werde.
Begründungen:
 - Nahrungsmittelproduktion erhöhe sich nach einer arithmetischen Reihe:
z.B.
 - Bevölkerung vermehre sich nach einer geometrischen Reihe:
z.B.

In einer **Studie des Club of Rome** 1972 über die "Grenzen des Wachstums" klingen Teile dieser Gedanken wieder an (siehe Graphik; wichtige Grössen bis 2100 prognostiziert).

- **Problem der Ueberschussproduktion**
 Infolge des technischen Fortschritts nehmen die Bodenerträge stark zu; die Menschen sind aber nur einer begrenzten Nahrungsmittelaufnahme fähig.* ➔ Ueberschüsse
 - * **Engelsches Gesetz:** Mit steigendem Einkommen nehmen die Ausgaben für Nahrungsmittel absolut zu, relativ (d.h. in % der Totalausgaben) aber ab.

2. Die Arbeit

2.1. Beschäftigungskennzahlen

- **Erwerbsquote** (in %) =
$$\frac{\text{Anzahl der Erwerbstätigen} \cdot 100}{\text{Wohnbevölkerung}}$$

 Wie hoch war diese für die Schweiz 1995? Wohnbevölkerung 7,1 Mio., davon 20-64-jährige 4,4 Mio./Erwerbstätige 3,8 Mio.

Die Erwerbsquote ist von verschiedenen **Faktoren** abhängig. Welchen?

- **Arbeitslosenquote** (in %) =
$$\frac{\text{Anzahl der Arbeitslosen} \cdot 100}{\text{Anzahl der Erwerbstätigen}}$$

 Wie hoch war diese im August 1997? Erwerbstätige ca. 3,7 Mio., Arbeitslose ca. 181'000

Man spricht von **Vollbeschäftigung**, wenn die Arbeitslosenquote 1 bis 3 % beträgt.

Es gibt verschiedene **Arten der Arbeitslosigkeit**. Welche?

2.2. Arbeitsteilung

- Stufen:**
- ① Hauswirtschaftliche Arbeitsteilung
 - ② Berufsbildung
 - ③ Berufsspaltung
 - ④ Arbeitszerlegung ◉ Fließband. Vor- und Nachteile
Arbeitszerlegung?
 - ⑤ Internationale Arbeitsteilung

Zur Stufe ⑤ Internationale Arbeitsteilung

Es gibt die **Theorie der komparativen Kosten** (von David RICARDO, 1817):

Danach ist der Handel zwischen den Ländern selbst dann vorteilhaft, wenn ein Land bei der Produktion sämtlicher Güter und Dienste **absolute** Kostenvorteile aufweist, die Länder sich jedoch auf die Produktion jener Güter/Dienste spezialisieren, bei denen sie einen **komparativen** Kostenvorteil aufweisen.

Zahlenbeispiel siehe [Anhang](#)

2.3. Produktivität der Arbeit

Die Arbeitsteilung führt nicht nur zur Trennung von Produktion und Konsum. Sie hat auch eine markante Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Folge. Es können in unserem Zusammenhang folgende **Produktivitätsbegriffe** unterschieden werden:

- **Produktivität allgemein** = $\frac{\text{Output}}{\text{Input}}$
- **Arbeitsproduktivität** = $\frac{\text{Produktionsertrag}}{\text{Arbeitseinsatz (z.B.Std. od. Beschäftigte)}}$

Beispiel: 130 Beschäftigte stellen in einem Jahr 260'000 hl Bier her. Wie hoch ist die Arbeitsproduktivität?

- **Gesamtwirtschaftliche Produktivität** = $\frac{\text{Reales BIP}}{\text{Erwerbstätige}}$

Beispiel: In der Schweiz waren 1995 3,8 Mio. Leute beschäftigt. Sie erwirtschafteten ein BIP (zu Preisen 1995) von 365 Mrd. Fr.. Wie hoch war die gesamtwirtschaftliche Produktivität in der Schweiz?

Anhang Zahlenbeispiel zum Gesetz der komparativen Kosten

Land/Produkt	Wein	Tuch	Autarkie	Freihandel	Vorteil Freih.
England	1 Einheit in 4 AT	1 Einheit in 3 AT	4 AT + 3 AT = 7 AT	3 AT + 3 AT = 6 AT	1 AT
Portugal	1 Einheit in 1 AT	1 Einheit in 2 AT	1 AT + 2 AT = 3 AT	1 AT + 1 AT = 2 AT	1 AT

Bemerkungen:

- ① Abkürzung AT = Arbeitstage (= Kosten)
- ② Im Falle der Autarkie (autark = wirtschaftlich unabhängig vom Ausland) produziert jeder für sich Wein und Tuch. Es findet kein internationaler Handel statt.
- ③ Im Falle des Freihandels spezialisiert sich jedes Land auf dasjenige Gut, bei welchem die

komparativen (d.h. zu vergleichenden) Kostenvorteile am grössten bzw. die komparativen Kostennachteile am kleinsten sind. Portugal produziert daher Wein, England Tuch. Nach der Produktion wird internationaler Handel getrieben.

- ④ Die Kostenvorteile bei der spezialisierten Produktion gehen durch den internationalen Handel teilweise wieder verloren.
 - ◉ Transportkosten etc.
- ⑤ Die Frage, ob sich internationale Arbeitsteilung lohnt, hat eine unerhört aktuelle Bedeutung. Denken Sie nur an die WTO-Verhandlungen, an die EU, an den EWR, an die EFTA und schliesslich an die NAFTA.

3. Das Kapital

3.1. Begriff des Realkapitals (im Gegensatz zu Geldkapital)

Unter **Realkapital** werden alle in einer Volkswirtschaft (vorhandenen) **hergestellten** Produktionsmittel verstanden, die dazu dienen, zukünftig Güter und Dienste herzustellen. Dazu gehören:

- im Bereich der Unternehmungen: Gebäude, Maschinen, Vorratslager (!)
- im Bereich der Haushalte: Wohnhäuser
- im Bereich des Staates: Infrastruktureinrichtungen

3.2. Voraussetzungen für die Herstellung von Realkapital sind Sparen und Investieren.

- **Sparen** heisst: Nichtverwenden von Einkommen (für den Konsum) (d.h. Konsumverzicht)
- **Investieren** heisst: Herstellen von Realkapital

Beispiel: Robinson **Crusoe** fängt zunächst Fische mit blosser Hand. Um mehr Fische fangen zu können, stellt er ein Netz her. Während der Herstellungszeit verzichtet er auf Konsum (weil er weniger Fische fängt und essen kann), um mit dem Netz (➡ Realkapital) zukünftig mehr Fische fangen zu können. Die Herstellung des Netzes ist eine Investitionstätigkeit.

3.3. Die **Investitionen**, die zu einer Aenderung des Realkapitals (des Bestandes oder der Zusammensetzung) führen, können wie folgt **gegliedert** werden:

- **Nettoinvestitionen:** Diese bewirken eine **Vermehrung** des Realkapitals. Dazu gehören:
 - (1) Erweiterungsinvestitionen
 - (2) Rationalisierungsinvestitionen
 - (3) Lager- oder Vorratsinvestitionen
- **Ersatzinvestitionen:** Diese **kompensieren** die **Entwertung** des bisherigen Realkapitals. Sie bewirken, dass das Realkapital nicht wegen Entwertung abnimmt.
- **Bruttoinvestitionen:** Bruttoinvestitionen = Nettoinvestitionen + Ersatzinvestitionen

3.4. Realkapital in der Schweiz (langfristige Betrachtung)

Ungefähre **Verteilung** des Realkapitals:

- auf Unternehmen 44 % (auf Bauten 18 %, auf Ausrüstungen 22 %, auf Vorratslager 4 %)
- auf Haushalte u. Sozialversicherungen (Wohnhäuser) 33 %
- auf den Staat (Infrastruktur) 23 %

Investitionsquote und Kapitalproduktivität

- **Investitionsquote** = $\frac{\text{Investitionen} \cdot 100}{\text{BIP}}$

Investitionen 1995 77,7 Mrd., BIP 365 Mrd. Investitionsquote?

- **Kapitalproduktivität** = $\frac{\text{BIP} \cdot 100}{\text{Realkapital}}$

Diese zeigt, welches Bruttoinlandprodukt mit einer Einheit des Realkapitals hergestellt werden kann. Bei steigender Kapitalproduktivität kann mit einem bestimmten Realkapital mehr hergestellt werden als bisher, bei sinkender Kapitalproduktivität weniger.

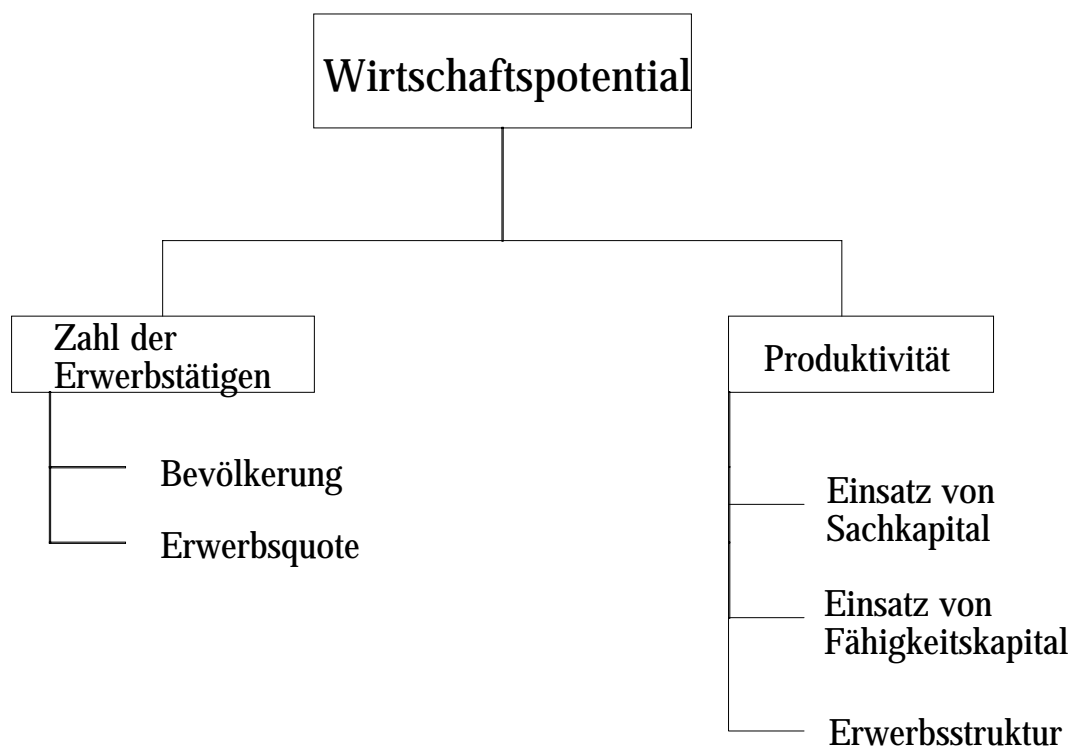
4. Fälle/Aufgaben

- 4.1. Am Anfang eines Jahres hatte das Realkapital in einer Volkswirtschaft 100 Mrd. Fr. betragen. Die Abnutzung und Entwertung im Laufe des Jahres betragen 12 %. Am Ende des Jahres hatte sich das Realkapital (nach Berücksichtigung der 12 %igen Abnutzung) auf 102 Mrd. Fr. erhöht.
Was lässt sich über die **Investitionen** sagen? (Zusammensetzung mit Beträgen)
- 4.2. Die **Verteilung des Realkapitals** im Inland ist in 3.4. aufgeführt. Ferner ist bekannt, dass das **Reinvermögen** im Inland (= Summe der bisherigen Ersparnisse) aus folgenden Quellen stammt: Unternehmungen 32 % / Haushalte 24 % / Sozialversicherungen 31 % / Staat 13 % **Was lässt sich beim Vergleich der beiden Zahlenreihen aussagen?**
- 4.3. In einem Land steigt das BIP innerhalb eines Jahres um 1 %. Die volkswirtschaftliche Gesamtproduktivität stieg im gleichen Zeitraum um 3 %. Die Zahl der arbeitswilligen Bevölkerung blieb unverändert. Welche **Folge** ergibt sich?
- 4.4. In den USA beträgt der Durchschnittslohn \$ 15.--, im benachbarten Mexiko hingegen nur \$ 1.80. Die beiden Länder sind zusammen mit Kanada die NAFTA, die Nordamerikanische Freihandelszone, eingegangen. In den USA bestehen nun gewissen **Befürchtungen**, in Mexiko gewisse **Hoffnungen**. Welche? Warum sind solche Lohndifferenzen möglich?
- 4.5. In der Stadt A sind die Büromieten dreimal so hoch wie in der nur 100 km weit entfernten Stadt B. **Warum** gibt es **keinen Ausgleich** zwischen den Büromieten der beiden Städte? Mögliche Gründe?

- 4.6. In einem Land besteht im Laufe der Zeit die Tendenz **sinkender Kapitalproduktivität**. Wie muss sich der **Realkapitalbestand** entwickeln, wenn das BIP im Laufe der Zeit trotzdem steigt?
- 4.7. Im Lande A werden 85 % **Konsumgüter** und 15 % **Investitionsgüter** hergestellt. Im Land B betragen die entsprechenden Prozentzahlen: Konsumgüteranteil 75 %, Investitionsgüteranteil 25 %. Mögliche **Gründe** und mögliche **Langzeitfolgen**?
- 4.8. Besteht ein Zusammenhang zwischen dem **Engelschem Gesetz** und der Verteilung der Arbeitskräfte auf die **drei Wirtschaftssektoren**?
- 4.9. In einem Land steigen sowohl die **Erwerbs-** als auch die **Arbeitslosenquote**. Widerspruch?

Anhang: Das Wirtschaftspotential

Die Wirtschaftsleistung eines Landes wird durch das sog. **Wirtschaftspotential** bestimmt. In der einfachsten Form stellt sich dieses wie folgt dar:



Thema 03: Geld und Inflation

1. Einleitung

- 1.1. Geld erfüllt verschiedene **Funktionen**. Welche? Damit das Geld diese Funktionen erfüllen kann, muss es allgemein akzeptiert sein und zusätzlich folgende Eigenschaften aufweisen: Homogenität, Haltbarkeit und Wertbeständigkeit, Teilbarkeit, Seltenheit.
- 1.2. Es lassen sich folgende **Formen** des Geldes unterscheiden:
 - Bargeld
 - Buchgeld (Giralgeld)
- 1.3. Die **historische Entwicklung** des Geldes erfolgte in 5 **Stufen**. Welchen? (Unterlagen)

2. Geldmengenbegriffe

① Notenbankgeldmenge (= Notenumlauf + Giro Guthaben der Banken bei der Notenbank)

② Geldmenge M1

Bargeldumlauf (Noten und Münzen)

+ Sichteinlagen (bei Banken/Post)

+ Einlagen auf Transaktionskonti (Einlagen auf Spar- und Depositenkonti, die dem Zahlungsverkehr dienen, sowie Einlagen auf Lohnkonti)

= **Geldmenge M₁**

③ Geldmenge M2

Geldmenge M₁

+ Spareinlagen (abzüglich Einlagen auf Transaktionskonti)

= **Geldmenge M₂**

④ Geldmenge M3

Geldmenge M₂

+ Termineinlagen

= **Geldmenge M₃**

3. Die Schweizerische Nationalbank (SNB)

3.1. Aufgaben:

- Regelung Geldumlauf
- Erleichterung Zahlungsverkehr
- Führung der Kredit- und der Währungspolitik

3.2. Bilanz der SNB (Auszug)

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Aktiven Gold Devisen Wertschriften (z.B. Staatsobligationen) Kredite (Lombard-, Diskontkredite) | <ul style="list-style-type: none"> • Passiven Notenumlauf Giroguthaben von Banken |
|--|---|

3.3. Geldpolitische **Instrumente der SNB**:

- Devisenmarktpolitik
- Offenmarktpolitik
- Diskont- und Lombardpolitik
- Mindestreservenpolitik

weitere Instrumente (nach Weisungen Bundesrat): (Emissionskontrolle/Massnahmen gegenüber Zufluss ausländischen Geldes)

Uebung: Was passiert mit der Notenbankgeldmenge in diesen Fällen?

- ❶ Die SNB kauft \$ gegen sFr.
- ❷ Die SNB verkauft DM gegen sFr.
- ❸ Die SNB gewährt den Banken Lombard- und Diskontkredite.
- ❹ Die SNB übernimmt vom Bund Schuldverschreibungen (Gutschrift auf den Girorechnungen der Banken)
- ❺ Die Banken zahlen der SNB die Lombardkredite zurück.

4. **Aufgaben/Fälle**4.1. Berechnen Sie die Notenbankgeldmenge, M_1 , M_2 sowie die Spareinlagen:

- | | |
|---|-----|
| • Notenumlauf | 28 |
| • Termineinlagen | 72 |
| • M_3 | 341 |
| • Sichteinlagen (inkl. Transaktionskonti) | 56 |
| • Bargeldumlauf | 26 |
| • Giroguthaben von Banken | 4 |

Zusatzfrage: Warum ist der Bargeldumlauf kleiner als der Notenumlauf?

4.2. Beurteilen Sie folgende Buchungen bei der Schweiz. Nationalbank:

- ❶ Devisen an Notenumlauf
- ❷ Wechsel an Girorechnungen
- ❸ Notenumlauf an Wechsel
- ❹ Girorechnungen an Notenumlauf
- ❺ Notenumlauf an Girorechnungen

4.3. Berechnen Sie **alle Geldmengen** unter Verwendung der unten aufgeführten Angaben:

- | | |
|---------------------------------------|-----|
| • Spareinlagen | 170 |
| • Termineinlagen in sFr. | 140 |
| • Termineinlagen in fremden Währungen | 120 |
| • Bargeldumlauf | 30 |

- Sichteinlagen bei Banken und Post (inkl. Transaktionskonti) 60
Ferner wissen wir, dass der **Geldmultiplikator** (=Geldmenge M_1 dividiert durch Notenbankgeldmenge) **drei** beträgt.

4.4. Notenbankgeldmenge

Sie arbeiten bei der SNB und sind für die **Notenbankgeldmenge** verantwortlich.

Im Monat März soll die Notenbankgeldmenge um 0.1 % (= 1 Promille) wachsen. Sie betrug am 1. März 30 Mrd. Fr..

Bis zum 31. März sind folgende Fälle passiert (Fall 7. am 31.3.):

- ❶ Die Banken haben zulasten der Girorechnungen Banknoten im Werte von 1/2 Mrd. Fr. bezogen.
- ❷ Bei der SNB sind Wechsel im Betrag von 5 Mio. Fr. diskontiert worden, andererseits sind Wechsel für 2 Mio. Fr. fällig geworden. Gegenbuchung: Girorechnungen der Banken.
- ❸ Die SNB hat Lombardkredite an die Banken im Betrage von 10 Mio. gewährt, andererseits sind solche über 7 Mio. zurückbezahlt worden. Gegenbuchung: Girorechnungen der Banken
- ❹ Infolge eines zu hohen DM-Kurses hat die SNB den Banken DM im Gegenwert von 100 Mio. Fr. verkauft. Belastung auf den Girorechnungen der Banken.
- ❺ Festgeldanlagen des Bundes von 50 Mio. sind bei den Banken weiterplaziert worden. Gegenbuchung: Girorechnungen der Banken
- ❻ Der Bund hat wegen hoher Steuereinnahmen 50 Mio. als Sichteinlage auf die SNB einbezahlt: 10 Mio. in Form von Banknoten, 40 Mio. durch Verkehr mit den Banken (Girorechnungen der Banken).
- ❼ Am 31. März: Zur Erreichung des obigen Geldmengenziels wird ein \$-Swap-Geschäft abgeschlossen (Kauf \$ gegen sFr./Abrechnung über die Girorechnungen der Banken). Betrag in Fr.?

5. Der Geldwert

5.1. Der **Wert des Geldes** kann fallen oder steigen. Ein Fallen (Steigen) des Geldwertes zeigt sich in Form höherer (tieferer) Preise. Im ersten Fall redet man von Inflation, im zweiten von Deflation.

5.2. **Messung des Geldwertes** bzw. der Preisentwicklung

- mit Hilfe des BIP-Deflators (siehe Thema 01). Dieser misst die Preisentwicklung des BIP.
- mit Hilfe des Landesindex der Konsumentenpreise (LIP) (siehe 5.4.)
- mit Hilfe des Produzenten- und Importpreisindex. Dieser misst die Preisentwicklung

der Industrieproduktion und der Importwaren.

5.3. Wozu Preisindices?

- Zur Anpassung von wirtschaftlichen Einzelgrößen, wie Produktpreisen, Löhnen, Mieten und andern vertraglichen Größen
- Zwecks Ausschaltung von Preisänderungen bei der Beurteilung von gesamtwirtschaftlichen Größen. Damit werden reale Größen ermittelt und vergleichbar gemacht.
- Beurteilung der jetzigen und der zukünftigen Wirtschaftslage (z.B. Produzenten- und Importpreisindex als sog. Frühindikator der Konjunktur)

5.4. Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)

- Er gibt die Preisentwicklung der Konsumgüter wieder, die im Durchschnittshaushalt verwendet werden. Ausgewählt wird eine bestimmte, während einigen Jahren konstante Auswahl an Gütern und Diensten (sog. Warenkorb).
- Der Index wurde 1939 eingeführt, seither wurde die Zusammensetzung mehrmals geändert (1966, 1977, 1982, 1993). Heute besteht der LIK 93.
- Die Preisentwicklung wird anhand von Indexzahlen gezeigt (Basisjahr 1993 = 100).
- Aufbau des LIK in Hauptgruppen und Warengruppen (siehe Unterlage)
- Berechnungsbeispiel (siehe Unterlage)

6. Uebungen

6.1. Der LIK entwickelt sich wie folgt:

Jahre	Indexzahl
0 (Basisjahr)	100
1	103
2	107,6
3	111

Berechnen Sie die durchschnittlichen jährlichen Preiserhöhungen in %.

- 6.2. Der Preisindex für Mineralölprodukte (Produzentenpreisindex) betrug im Aug. 97 104,0; im Sept. 97 100,8. Beurteilen.
- 6.3. Der Konsumentenpreisindex belief sich am Ende des 1. Jahres auf 126. Die Preise steigen bis zum Ende des 2. Jahres um 3 %. Berechnen Sie den Indexstand am Ende des 2. Jahres.
- 6.4. Der Index der Hauptgruppe "Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren" stieg um 10 %. Um wieviele % stieg der LIK?
- 6.5. Medikamente wurden um 10 % billiger. Welches ist die Auswirkung (in %) auf den LIK?
- 6.6. Der LIK betrug 104,0. Nun erhöht sich die Indexzahl der Hauptgruppe "Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren" von 108 auf 112. Auf welche Indexzahl steigt der LIK?
- 6.7. Die Preise der Warengruppe "Bücher, Zeitungen und Zeitschriften" erhöhten sich wegen Papierpreiserhöhungen um durchschnittlich 12 %.
- Um wieviele % steigen der Hauptgruppenindex "Unterhaltung, Erholung, Bildung und Kultur" sowie der Gesamtindex?
 - Wie hoch sind die neuen Indexzahlen, wenn folgende **Ausgangszahlen** bekannt sind:

Index der Warengruppe "Bücher, Zeitungen und Zeitschriften"	102.1
Index der Hauptgruppe "Unterhaltung, Erholung, Bildung und Kultur"	104.8
Gesamtindex (LIK)	103.2

6.8.

Jahr	nominales BIP	BIP-Deflator
1	250 Mia.	112
2	260 Mia.	115

Berechnen Sie die Wachstumsrate des realen BIP vom 1. zum 2. Jahr.

6.9. Die Bevölkerung eines Landes stieg innert 5 Jahren von 6,4 auf 6,5 Mio. Einwohner, das nominale BIP kletterte von 160 auf 220 Mrd. Fr.. Im gleichen Zeitraum stiegen die Preise um 30 %. Berechnen Sie das reale Wachstum pro Kopf (auf 5 Jahre bezogen).

7. Inflation (Uebersicht)

- Was ist Inflation? (Ziff. 8.)
- Ursachen der Inflation (Geldseite) (Ziff. 9.)
- Ursachen der Inflation (Güterseite) (Ziff. 10)
- Arten der Inflation (Ziff. 11.)
- Folgen der Inflation (Ziff. 12.)
- Aktuelle Fragen (Ziff.13.)

8. Was ist Inflation?

Unter Inflation versteht man die Zunahme des durchschnittlichen Preisniveaus. Damit ist eine entsprechende Abnahme des Geldwertes (d.h. ein Kaufkraftverlust) verbunden.

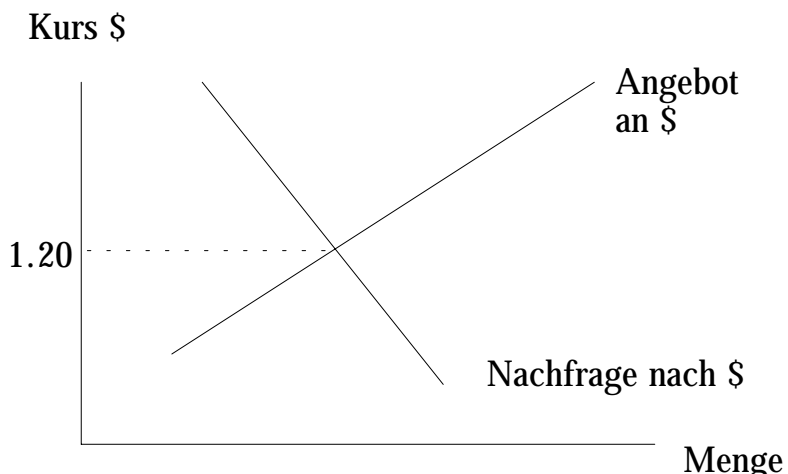
(→ Gegenteil: Deflation).

→ Folien

9. Ursachen der Inflation (Geldseite)

9.1. Geldschöpfung durch die Notenbank (siehe früher)

- Kreditgewährung an Geschäftsbanken oder an den Staat (→ Defizitdeckung)
Buchung bei der SNB:
- Stützung des Wechselkurses durch den Kauf von Devisen (z.B. \$): zeigen!



Die Notenbank strebt einen \$-Kurs von 1.30 an. Warum? Wie wird es gemacht? Folgen?
 9.2. Geldschöpfung durch das Bankensystem (Geschäftsbanken)

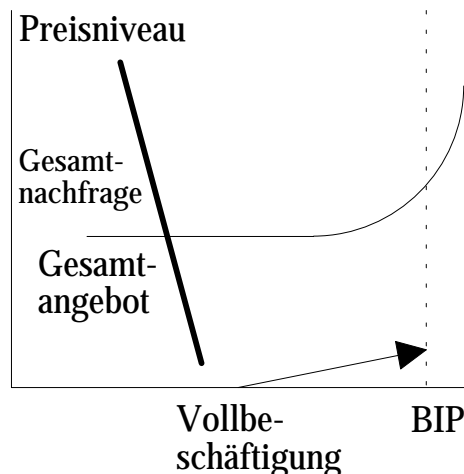
Beispiel: A hat Bargeld von Fr. 1'000.--, die er als Sichteinlage bei der Bank 1 einzahlt. Die Bank gewährt 80 % als Kredit an B, die er eine Sichteinlage bei der Bank 2 einzahlt. Diese gewährt wieder 80 % als Kredit an C, der eine Sichteinlage bei der Bank 3 macht.

Die Banken können Geld machen!	Geldmenge M 1	
	Bargeld	Buchgeld
Schritt 1: A hat Bargeld von Fr. 1'000.--		

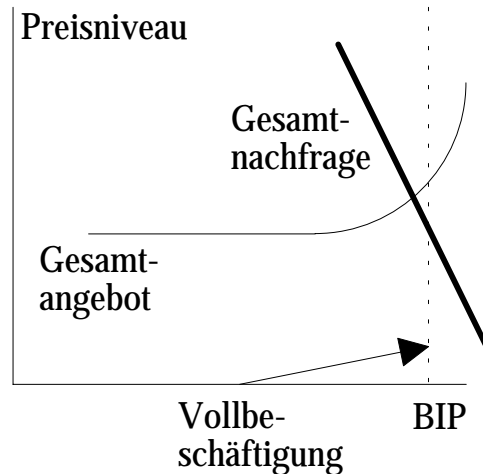
	Bargeld	Buchgeld
Schritt 2: A macht eine Sichteinlage von 1'000.-- Bank 1		

Fälle 1 und 2: Wie wirkt sich eine Steigerung der Nachfrage (z.B. weil die Konsumenten optimistisch sind oder weil der Staat die Wirtschaft "ankurbeln" möchte) aus?

Fall 1:



Fall 2:

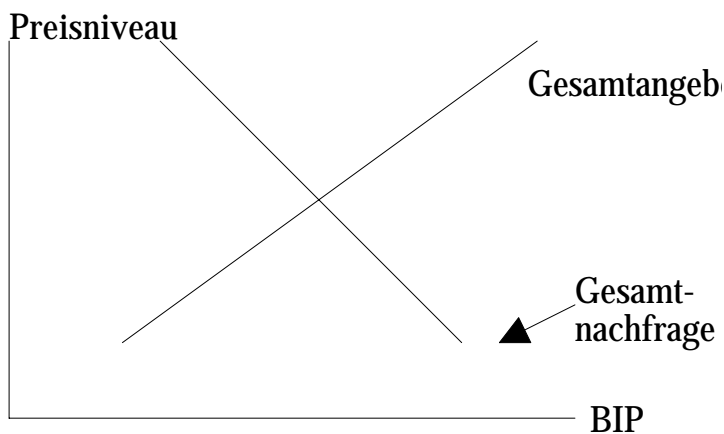


10.2. Angebotsinflation

Das BIP wird durch die Unternehmen angeboten. Das Gesamtangebot wird dabei auch durch die Kosten bestimmt: Löhne, Zinsen, Rohstoffkosten, Energiekosten, Steuerkosten

Fall 3: Wie wirken sich höhere Kosten, wie wirken sich tiefere Kosten auf BIP und Preisniveau aus?

Fall 3:



11. Arten der Inflation

Beschreiben und gut gliedern! Geldinflation, Budgetinflation, Kreditinflation, Kosteninflation, Lohninflation, importierte Inflation, Anspruchsinflation, schleichende Inflation, galoppierende Inflation.

12. Folgen der Inflation

12.1. Folgen der Inflation für den Einzelnen

① Als **Gewinner und Verlierer der Inflation** gelten:

Gewinner ●
●

Verlierer ●
●
●

② **Fall:** Inwiefern wäre die **Familie Schweizer** Inflationsgewinner bzw. -verlierer (bei einer Inflation von z.B. 3 %)?

● Jahreseinkommen der Familie Schweizer	Fr.	100'000.--
● Sparguthaben der Familie Schweizer	Fr.	50'000.--
● Einfamilienhaus der Familie Schweizer	Fr.	700'000.--
● davon mit einer Hypothek finanziert	Fr.	450'000.--

③ Zu **unterscheiden** ist zwischen

- **Nominalwerten** und **Sachwerten, Nominalzinsen** und **Realzinsen**
- **antizipierter** und **nichtantizipierter** Inflation

④ **Lösungsskizze für den Fall ②**

12.2. Gesamtwirtschaftliche Folgen der Inflation

① **Aenderung der Einkommens- und Vermögensverteilung**

② **Verfälschung im Einsatz der Produktionsfaktoren**
z.B. Flucht in die Sachwerte

13. Aktuelle Fragen

13.1. Inflation und Arbeitslosigkeit: Die Phillips-Kurve (siehe Unterlage)

13.2. Inflation und Steuern

① **Steuerprogression:** Mit zunehmendem Einkommen steigt die Einkommenssteuer in Fr., aber auch in %, d.h. sowohl die Grenz- als auch die Durchschnittssteuer steigen.

Beispiel

Fr. 20'000.--	Steuersatz 4 %
Fr. 40'000.--	Steuersatz 8 %
Fr. 60'000.--	Steuersatz 12 %

Wie hoch sind die Durchschnitts- und die Grenzsteuern je Fr. 100.-- Einkommen?

- ② **Kalte Steuerprogression:** Die Inflation bewirkt, dass Steuerpflichtige automatisch ("auf kaltem Weg") in höhere Steuerklassen aufrücken.
- ③ **Gleitende Steuerskala:** Anpassung des Steuertarifs an die Preisentwicklung, damit die kalte Steuerprogression ausgeschaltet wird.

13.3. Droht Deflation?

Deflation war in den letzten Jahrzehnten ein unbekanntes Phänomen. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage (Stichwort Asienkrise) wird Deflation wieder zum Thema. Deflation ist wie die Inflation keine angenehme Erscheinung. Welches sind die Folgen, z.B. auf die Lohnempfänger, die Konsumenten, die Unternehmen, die wirtschaftliche Tätigkeit allgemein?

Warum war Deflation bis heute so selten?

- ① Preise und Löhne waren nach unten fix.
- ② Deflation wäre mit einer Reduktion der Geldmenge verbunden gewesen, bei Defiziten der öffentlichen Haushalte eine eher unwahrscheinliche Entwicklung.
- ③ Psychologische Erklärung: Die Inflationsmentalität war verbreitet.
- ④ Deflation wäre auch von einer Stagnation (d.h. kein Wachstum, Arbeitslosigkeit) begleitet gewesen. Der Staat hätte die Konjunktur angekurbelt und damit eine Deflation vermieden.

13.4. Geldmengen, Zinsen, Inflation und Wachstum (► Eisenhut 96/97 S. 175)

14. Uebungen

14.1. Wie sind die Folgen der Inflation in folgenden Fällen zu beurteilen (Inflation z.B. 6 %)?:

- ① A ist Eigentümer einer Liegenschaft.
- ② B hat eine Obligation, Zinsfuß 4 %.
- ③ C hat ein Sparguthaben. Zinsfuß 7 %.
- ④ D hat eine Pension, die auf Fr. 3'000.-- fixiert ist.
- ⑤ E ist Beamter. Jährlich wird der Lohn dem Preisindex angepasst.
- ⑥ F hat eine Darlehensschuld. Zinsfuß 8 %.

14.2. In einem Land bewegen sich im Zeitraum A die Preissteigerungen zwischen 10, 11 und schliesslich 12 % p.a.. Im Zeitraum B und C beschleunigt sich die Inflation; die Preissteigerungen betragen - auf einen Monat bezogen - zwischen 10 und 12 % (Zeitraum B), schliesslich zwischen 10 und 12 % täglich, Tendenz steigend (Zeitraum C).

Fragen:

- ① Beschreiben Sie die Inflationsarten in den verschiedenen Zeiträumen.
- ② Nennen Sie mögliche Gründe dieser Entwicklung.
- ③ Wie wird sich die Umlaufgeschwindigkeit im Zeitraum C im Verhältnis zur Geschwindigkeit in B und A verhalten?
- ④ Charakterisieren Sie für den Zeitraum C:
 - den langfristigen Kapitalmarkt (Obligationenmarkt)

- den kurzfristigen Geldmarkt (Fälligkeit über Nacht, sog. Call-Geld)
- die Situation für folgende Personen:
 - Ladenbesitzer
 - Rentner mit fixen Einkommen
 - Beamter mit halbjährlich angepassten Löhnen
- Wie könnte man diese Inflation bekämpfen (von der Geldseite her)?

14.3. Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes lässt sich mit dem sog. Elendsindex messen. Es gibt ihn in zwei Formen:

- Elendsindex I = Inflationsrate und Arbeitslosenquote
 - Elendsindex II = Inflationsrate und **zweimal** Arbeitslosenquote
- Beurteilen Sie.

14.4. Ein Steuertarif für die Einkommensteuer ist wie folgt aufgebaut:

Einkommen	Steuersatz
bis 6'000.--	0 %
von 6'000.-- bis 12'000.--	2 %
von 12'000.-- bis 18'000.--	3 %
von 18'000.-- bis 24'000.--	4 %
von 24'000.-- bis 30'000.--	6 %
von 30'000.-- bis 36'000.--	9 %

- Berechnen Sie die zu zahlende Steuer bei einem Einkommen von 18'000 bzw. 36'000.
- Nehmen wir nun an, infolge Inflation geschehe folgendes:
 - Verdoppelung der Preise
 - Verdoppelung der Löhne
 - Verdoppelung der steuerbaren Einkommen

Ist es in Ordnung, dass sich der zu zahlende Steuerbetrag mehr als verdoppelt? siehe Ihre Rechnung

- Wie könnte man Abhilfe schaffen?

14.5. Berechnen Sie den Elendsindex I und II für folgende Länder (Stand 1998)

Land	Inflation in % (LIP)	Arbeitslosigkeit in %
Frankreich	1.1	12.4
Deutschland	1.8	11.9
Schweiz	0.4	5.0
Spanien	2.0	20.6
USA	1.7	4.7
Japan	2.1	3.5

14.6. Der Begriff **Stagflation** setzt sich aus "**Stagnation**" und "**Inflation**" zusammen. Welches sind die **Kennzeichen** einer Stagflation?

Thema 03: Agendapunkt 1.3.

Phasen auf dem Weg von der Tausch- bis zur Kreditwirtschaft

- ① Ware gegen Ware
➔ Tauschwirtschaft

- ② Ware mit Geldfunktionen
➔ Warengeld

- ③ Metall (Münzen) mit Geldfunktionen
➔ Metall- / Münzgeld

- ④ Banknoten mit Geldfunktionen
➔ Notengeld

- ⑤ Guthaben mit Geldfunktionen
➔ Buchgeld

Uebungen zum Thema 03 (Ziffern 9.1. bis 9.3.)

Vorbemerkung: Berechnung der Summe einer unendlichen geom. Reihe:

$$2000 + 2000 \cdot 0,8 + 2000 \cdot 0,8^2 + 2000 \cdot 0,8^3 + \dots + 2000 \cdot 0,8^{n-1}$$

$$= 2000 \cdot \frac{1}{1 - 0,8} = 2000 \cdot 5 = 10000$$

1. Nehmen wir an, dass die Notenbank die Notenbankgeldmenge so erhöht, dass das Publikum mehr Bargeld im Ausmass von 2 Mrd. hat. Nehmen wir weiter an, dass das Geld sofort in die Banken als Sichteinlagen eingezahlt wird. Die Banken halten 20 % Barreserven und leihen jeweils 80 % aus. Die Ausleihungen führen zu Sichteinlagen bei andern Banken usw.

Um wieviel wird M_1 **netto** auf Grund des beschriebenen Kredit-schöpfungsvorgangs bei den Banken zunehmen?

2. Ein Bankier sagt: "Wir Geschäftsbanken können die Geldmenge auf keinen Fall erhöhen. Ein Franken ist und bleibt für uns ein Franken. Nur die Nationalbank ist für die Geldmenge und damit für die Inflation verantwortlich."
Diskutieren Sie.
3. Robinson Crusoe lebt auf einer Insel. Es gibt dort viele Freitage und auch viele Banken.

- 3.1. Robinson hat Bargeld im Betrage von Fr. 3,000.--. Davon übergibt er 2,500 der Bank 1 als Sichteinlage. Die Bank 1 behält davon 500 und gewährt für 2,000 einen Kredit an Freitag 1. Dieser behält 1,500 als Bargeldvorrat und zahlt 500 auf sein Bankkonto (Sichtguthaben) bei der Bank 2 ein.

Wie entwickelt sich die Geldmenge M_1 ?

- 3.2. Robinson hat Noten und Münzen im Betrage von Fr. 2,000.--. Er übergibt diese 2,000 Franken der Bank 1 als Sichteinlage. Die Bank 1 leiht Fr. 1,800.-- an Freitag 1, der mit diesem Betrag eine Rechnung von Freitag 2 zahlt (dieser hat ein Sichtkonto bei der Bank 2, wohin Freitag 1 Zahlung leistet.) Die Bank 2 gibt 90 % des ihr zugeflossenen Bargeldes als Kredit an Freitag 3, der wiederum den ganzen Betrag der Bank 3 als Sichteinlage zukommen lässt. In diesem Sinne geht der Prozess ewig weiter und weiter und weiter.

Welche Geldmenge M_1 wird am Ende vorhanden sein?

- 3.3. Robinson macht bei der Bank 1 eine Sichteinlage seines ganzen Bargeldbestandes von Fr. 6,000.--. Der Reservesatz der

Bank 1 beträgt 50 %, der Reservesatz aller übrigen Banken aber nur 20 %. Auf der Insel wird vom Nichtbankensektor (der aus Robinson und allen Freitagen besteht) kein Bargeld gehalten.

Wie gross ist nach durchgeführtem Geldschöpfungsprozess M_1 ?

3.4. Robinson macht bei seiner Bank eine Sichteinlage von 3000. Wie gross ist die **zusätzliche** Geldmenge M_1 , falls der Kreditschöpfungsprozess vollständig abläuft und die Barreserven der Banken durchschnittlich 13 % betragen? Das Publikum hält kein Bargeld mehr.

4. Mit folgender Gleichung (Verkehrsgleichung) versucht man, von einer wachsenden Geldmenge auf die Inflation zu schliessen:

$$G \times U = H \times P$$

- Welches sind die Voraussetzungen, damit dies zutrifft?
- Gilt diese Aussage eher auf kurze oder eher auf lange Sicht?

Graphiken (Mankiw 613 f.)

5. Wirken folgende Handlungen der Notenbank inflationär?

5.1. Die Notenbank kauft von den Geschäftsbanken Obligationen.

5.2. Die Notenbank verkauft Gold an Geschäftsbanken.

5.3. Die Notenbank überträgt Gold an die Solidaritätsstiftung CH 1997, mit dem Zweck, aus den Erträgen je zu 50 % Bedürftige in der CH und im Ausland zu unterstützen.

6. Der Kunde X zieht bei seiner Bank A eine Sichteinlage in der Höhe von 500 (als Bargeld) zurück. Der Reservesatz der Bank A kann der untenstehenden Bilanz (vor dem Rückzug von X) entnommen werden.

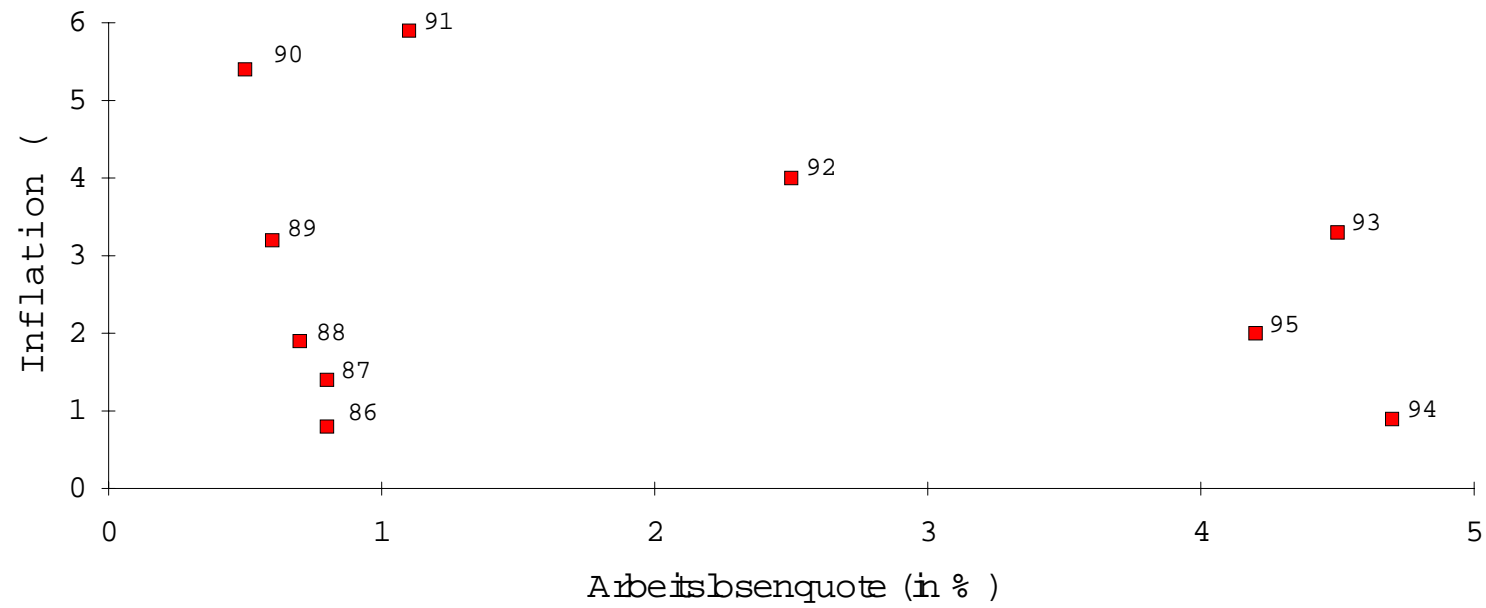
Welches sind die Auswirkungen,

- wenn durch die Bank zu kündende Darlehen durch die Kreditnehmer in bar gehalten wurden?
- wenn durch die Bank zu kündende Darlehen durch die Kreditnehmer in Sichteinlagen gehalten wurden und alle Banken den gleichen Barreservensatz haben?

Geschäftsbank A (vor Rückzug)		Geschäftsbank A (nach Rückzug)	
Kasse	500	Kasse	
		Sichteinlage	
		2500	
Darlehen	2000	Darlehen	

Thema 03/Ziff. 13.1.

Inflation und Arbeitslosigkeit

Phillips-Kurve für die Schweiz
von 1986 bis 1996

Thema 03/Ziff. 13.1: Inflation und Arbeitslosigkeit: Phillips-Kurve**① Wichtige Ziele der Wirtschaftspolitik:**

- Preisstabilität
- Vollbeschäftigung

② Phase 1 bis ca. 1970 ➔ **Zielkonflikt**
Phillips-Kurve (USA, 1960 bis 1969):**Phase 2** seit ca. 1970

Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit **nicht mehr so eindeutig!**

Phillips-Kurve (USA, 1970 bis 1993):

③ Was ist passiert?**④ Analyse:** Die Phillips-Kurve für die CH von 1986 bis 1996

Thema 04: Konjunktur und Wachstum

1. Arten der wirtschaftlichen Schwankungen

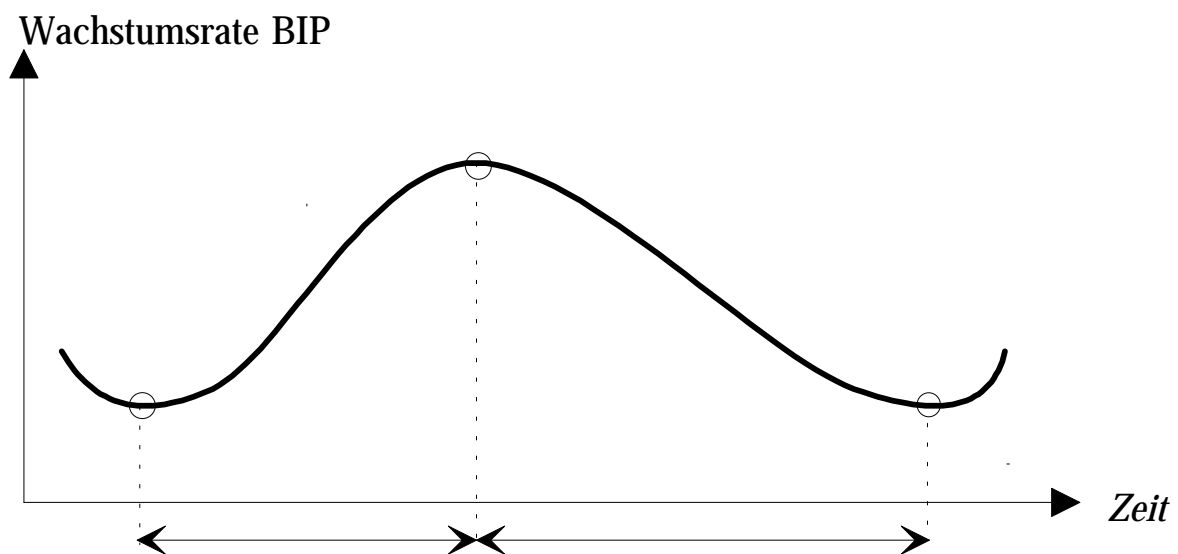
1.1. Einmalige Schwankungen (Gründe?)

1.2. Zyklische Schwankungen (d.h. regelmässig wiederkehrende)

- **saisonale** Schwankungen (Beispiele?)
- **konjunkturelle** Schwankungen (heute 4 bis 5 Jahre, früher länger*)
*sog. Juglar-Zyklen bzw. Mitchell-Zyklen
- **langfristige** Schwankungen (50 Jahre), sog. Kondratieff-Zyklen (auf Innovationen zurückzuführen) ➔ Kondratieff (1892-1931, hingerichtet)

2. Der Konjunkturzyklus

Konjunkturzyklus mit den verschiedenen Konjunkturphasen



4. Merkmale der Konjunkturphasen (siehe Seite 2)

5. Konjunkturindikatoren

Es gibt gesamtwirtschaftliche Grössen (sog. makroökonomische Grössen), die den Verlauf einer Konjunkturschwankung anzeigen. ➔ sog. Konjunkturindikatoren

Arten der Konjunkturindikatoren:

- Frühindikatoren (vorauselende); Beispiele?
- Lage - oder Präsenzindikatoren (gleichlaufende); Beispiele?
- Spätindikatoren (nachhinkende); Beispiele?

Für die Frühindikatoren besteht ein **Sammelindex vorauseilender Konjunkturindikatoren**. In diesem werden wichtige Frühindikatoren (welche?) zu einer Indexzahl zusammengefasst. Steigt die Indexzahl, wird mit einem Aufschwung gerechnet. Fällt sie, gilt das Gegenteil.

4. Merkmale der Konjunkturphasen

Größen ↓ Phasen →				
Nachfrage/ Auftragseingang				
Produktion/ BIP				
Beschäftigungsgrad				
Investitionen				
Kapazitätsauslastung				
Lagerhaltung				

7. Aufgaben und Uebungen

- 7.1. In einer Volkswirtschaft wird eine zusätzliche Investition von 2 Mia. getätigt. Die Grenzneigung zum Sparen beträgt 0,15. Um wieviele Mia. steigt das VE/BIP, wenn der Multiplikatorprozess ewig abläuft?
- 7.2. Eine Investitionserhöhung um 35 führt zu einer Erhöhung des VE/BIP um 79. Es handelt sich um einen ewigen Prozess.
- Warum handelt es sich in Wirklichkeit nicht um einen ewigen Prozess?
 - Wie gross ist der Multiplikator? Wie hoch sind die Grenzneigung zum Verbrauch und diejenige zum Sparen?
- 7.3. Man weiss, dass in einer Volkswirtschaft infolge einer grossen Unterbeschäftigung das Gesamtangebot (im Verhältnis zum Preisniveau) horizontal verläuft. Nun möchte der Staat seine Ausgaben stark steigern. Er beschafft sich die Mittel auf dem Kapitalmarkt (der diese zusätzliche Nachfrage ohne Zinsfuss-Erhöhungen befriedigen kann). Wie wirkt sich diese Ausgabensteigerung auf die Beschäftigung aus? Was würde sich ändern, wenn sich der Staat die Mittel durch Erhöhung der Steuern beschaffen müsste?
- 7.4. Warum schwanken im Laufe der Konjunkturschwankungen die Investitionen besonders stark?
- 7.5. Welche der folgenden Antworten ist (sind) richtig?
- A: Je grösser die Grenzneigung zum Verbrauch, umso kleiner der Multiplikator.
B: Je grösser die Primärinvestition, umso grösser der Multiplikator.
C: Je kleiner die Grenzneigung zum Verbrauch, umso kleiner der Multiplikator.
D: Je kleiner die Veränderung des Volkseinkommens, umso kleiner der Multiplikator.

8. Konjunkturpolitik

8.1. Ziele der Konjunkturpolitik

- **Primäres Ziel** ist es, die allzu grossen **Auf- und Abschwünge** im Rahmen der Konjunkturschwankungen zu **vermeiden** (d.h. sozusagen die Kurven zu glätten).

Ein allzu **grosser Aufschwung** birgt die Gefahr der **Inflation**.

Welches sind die Kosten der Inflation für den Einzelnen und die Gesellschaft?

Ein allzu **grosser Abschwung** birgt die Gefahr der Unterbeschäftigung und damit der **Arbeitslosigkeit**.

Welches sind die Kosten der Arbeitslosigkeit für den Einzelnen und die Gesellschaft?

- Dieses primäre Ziel ist im grösseren Zusammenhang der **wirtschaftspolitischen Ziele** zu sehen.

Stichworte:

Magisches Fünfeck

Zielbeziehungen: Harmonie, Antinomie, Neutralität

8.2. Ansätze (Mittel) der Konjunkturpolitik:

- **Monetäre** Konjunkturpolitik (Geldpolitik) (➡ Monetarismus). Grundlage ist die Verkehrsgleichung von I. Fisher: $G \cdot U = H \cdot P$; modernisiert durch M. Friedman (Chicago).
- **Nichtmonetäre** Konjunkturpolitik
 - Finanzpolitik (Fiskalisten/Keynesianer)
 - Aussenwirtschaftspolitik (Zollpolitik)

9. Die monetäre Konjunkturpolitik

9.1. Die Notenbank steuert die Notenbankgeldmenge (NBGM), weil ein Zusammenhang zwischen **Geldmenge und Inflation** besteht (Stichwort: $G \cdot U = H \cdot P$).

9.2. In Zeiten der **Inflation** ist die Politik **restriktiv** (NBGM ▲), in Zeiten der **Deflation** eher **expansiv** (NBGM ▼) zu gestalten.

9.3. Instrumente

Frage zu allen Instrumenten: Wie wirken diese Instrumente? Wie sind sie in Inflations-/Deflationszeiten zu handhaben?

- **Diskontpolitik** ➡ Diskontieren von Wechseln; in der Schweiz geringe Bedeutung (weil wenige Wechsel/weil Banken nicht auf Diskontierung angewiesen sind)
Anforderung an Wechsel: 2 gute Unterschriften/Verfall bis 3 Monate/nur Warenwechsel (keine Finanzwechsel)
- **Lombardpolitik** ➡ Belehnung von Wertpapieren: durch die Notenbank (z.B. bei Bundesoblig. bis 90 %)
- **Offenmarktpolitik** ➡ Kauf und Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren am Geld-/Kapitalmarkt
- **Mindestreservpolitik**
Unterscheide:
 - (1) Liquiditäts- oder Barreserven, z.B. 15 % der Sichteinlagen ➡ Ziel: Gläubigerschutz
 - (2) Mindestreserven (CH: Mindestguthaben) = Unverzinsliche (und blockierte) Guthaben der Banken bei der Notenbank ➡ Ziel: Konjunkturpolitik

- **Devisenmarktoperationen** ➔ Kauf und Verkauf von fremden Währungen zwecks Steuerung der NBGM

10. Die nichtmonetäre Konjunkturpolitik

10.1. Die nichtmonetäre Konjunkturpolitik soll die **Nachfrageseite** des BIP beeinflussen. Aufzählen!

10.2. **Instrumente:**

- ① Finanzpolitik
- ② Aussenwirtschaftliche Massnahmen
- ③ Einzelmassnahmen

10.3. **Finanzpolitik:** Sie ist **antizyklisch** zu führen. Was bedeutet dies?

Wie sind folgende Instrumente zu gestalten?

	Aufschwung	Abschwung
Staatsausgaben		
Steuern		
Ueberschuss/Defizit		
Investitionen durch Staat		
Subventionen des Staates		

10.4. Es gibt in in der Finanzpolitik sog. **automatische Stabilisatoren**. Beispiele? Wie wirken sie?

10.5. In der **CH** gibt es **besondere** Schwierigkeiten bei der Finanzpolitik. Gründe nennen!

Exkurs: Warum sind **Zölle** für die Konjunkturpolitik in der CH **ungeeignet**?

11. Aufgaben und Uebungen

11.1. Streit zwischen **Monetaristen und Fiskalisten**: Welches sind die Hauptunterschiede zwischen beiden Auffassungen? Welches ist die Auswirkung für die Konjunkturpolitik? Sind die Schweizer eher Fiskalisten oder Monetaristen?

11.2. Zählen Sie die **Instrumente der monetären Konjunkturpolitik** auf. Wie sind diese in Zeiten der **Deflationsgefahr** zu handhaben?

11.3. Auf welche **Ziele** (des magischen Fünfecks) hat die **monetäre Konjunkturpolitik**, auf welche Ziele die **nichtmonetäre Konjunkturpolitik** unmittelbaren Einfluss?

- 11.4. Man weiss, dass eine bestimmte **monetäre Konjunkturpolitik** in einem ersten Schritt den Bargeldbestand des Publikums um 100 Millionen erhöht. Nehmen wir an, dass 80 % davon als Sichtgeld der Bank 1 zufließen. Diese sowie alle weiteren Banken halten eine Barreserve von 10 %. Der Rest wird jeweils ausgeliehen. Von den Ausleihungen behält das Publikum immer 20 % als Bargeld und gibt 80 % einer weiteren Bank in der Form einer Sichteinlage.
- 11.4.1. Wie gross ist die totale Erhöhung der Geldmenge, durch diese Konjunkturpolitik verursacht, nachdem die Sichteinlage bei der **Bank 3** erfolgt ist?
- 11.4.2. Wie gross ist sie, wenn der Prozess **ewig** abgelaufen ist?
- 11.4.2. Ist die **Barreserve** von 10 % eine sog. **Mindestreserve**?
- 11.5. In einem Staat wird damit gerechnet, dass 40 % des BIP vom Staat weggesteuert werden. Nun überlegt sich dieser Staat, ob er durch eine **Steuersenkung** im Ausmass von 100 die Steuereinnahmen sogar erhöhen kann. Die Argumentationskette ist folgende: Steuersenkung 100, Erhöhung des BIP wegen dieser Steuersenkung 200.
- 11.5.1. Was raten Sie als Finanzminister?
- 11.5.2. Warum bewirkt eine Steuersenkung um 100 eine BIP-Erhöhung um 200?

12. Wachstum und dessen Grenzen

12.1. ① **Wachstumsbegriff**

- ② Forderung nach **Nullwachstum, pro und contra**

12.2. Studie des **Club of Rome** (1972) → Unterlagen Dubs (S. 338-341)

Fragen dazu:

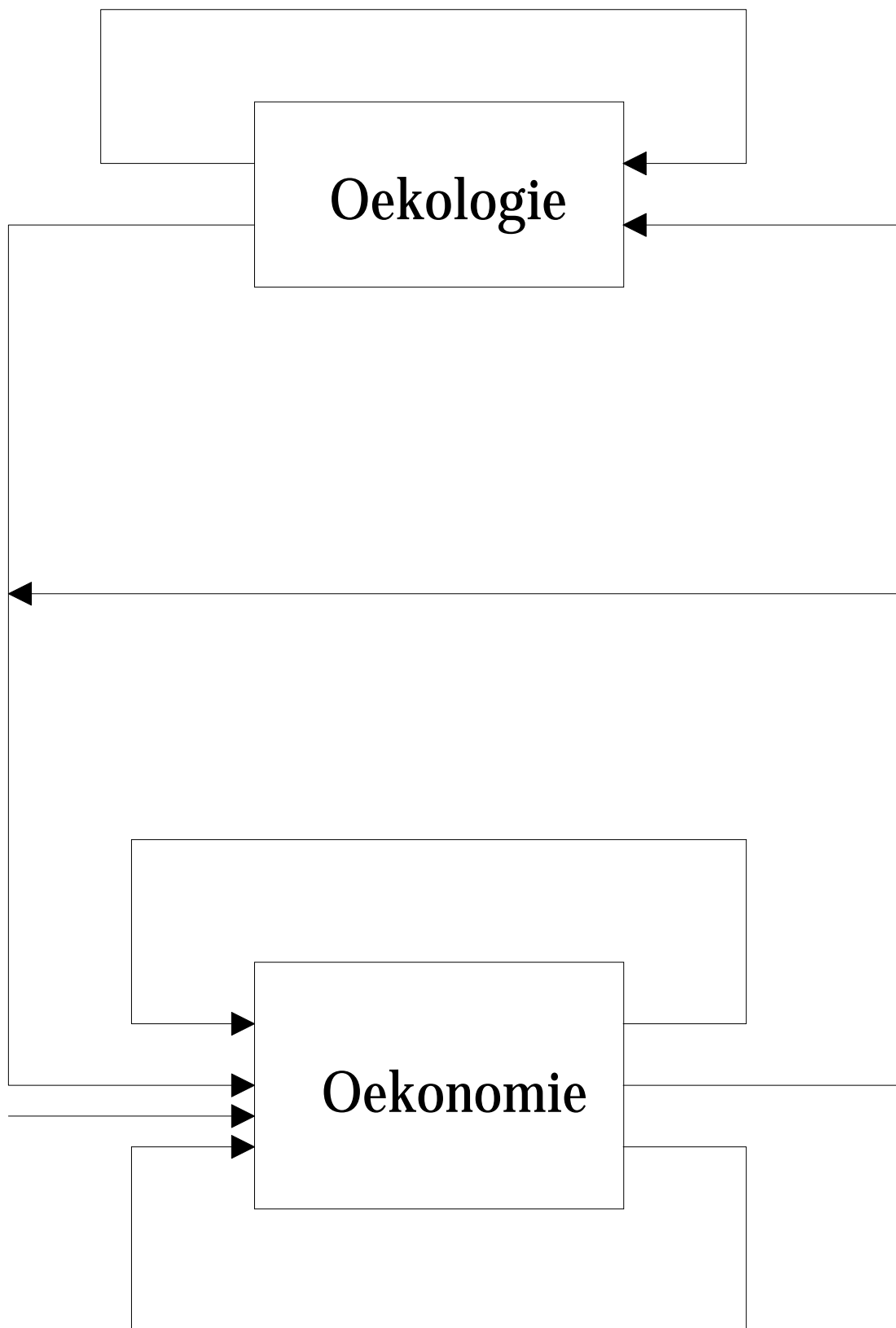
- ① Welches ist die **Hauptaussage**?
- ② Welche **Variablen** wurden für den Zeitraum 1900 und 2100 untersucht? Welche der Variablen bilden spezielle Wachstumsgrenzen?
- ③ Welchen **Ausweg** schlagen die Autoren vor?
- ④ Welche **Kritikpunkte** wurden gegen die Studie vorgebracht?

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums der Studie des Club of Rome gab es im Jahre 1992 ein Update, das zum Teil zu noch pessimistischeren Schlüssen kam!

12.3. Oekonomie und Oekologie

Wir werden ein spezielles Thema Oekonomie und Oekologie (Thema 05) widmen. Hier geht es darum, die 4 Ziele des Umweltschutzes aufzuzeigen und Massnahmen zwecks Zielverwirklichung zu nennen.

- 12.3.1. Die vier **Ziele** des Umweltschutzes



12.3.2. Welche **Massnahmen** sind geeignet, die obigen Ziele zu verwirklichen?

Thema 05: **Oekonomie und Oekologie**

(Subthema zu Thema 04)

1. Frage: Warum versagt der Preismechanismus bei Umweltgütern?

Die Umwelt (als Rohstofflieferantin und als Empfängerin von Reststoffen) ist zu einem **knappen Gut** geworden. Knappe Güter werden in der Marktwirtschaft via Preismechanismus optimal zugeteilt. Der Preis wirkt dabei sowohl als Knappheitsindikator als auch als Mittel des Ausschlussmechanismus.

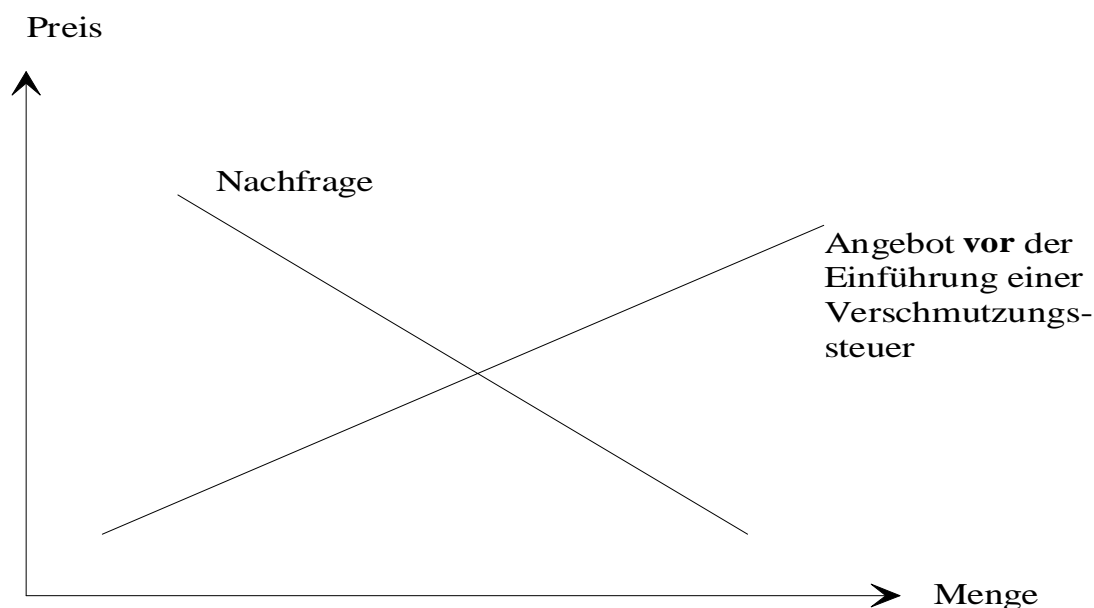
Warum **funktioniert der Preismechanismus bei Umweltgütern nicht?**

Erklärungsansatz 1**Theorie der öffentlichen Güter**

(und klassische Externalitätenanalyse von Pigou, 1920)

Umwelt ist ein **knappes öffentliches Gut**. Öffentliche Güter unterscheiden sich von privaten Gütern durch die **Nichtausschliessbarkeit**:

Die Nutzung von Umweltgütern führt zu Auswirkungen auf andere (sog. externe Effekte oder Externalitäten). Diese können negativer oder positiver Art sein. Die Uebernutzung von Umweltgütern ist darauf zurückzuführen, dass negative Externalitäten nicht durch den Verursacher getragen werden müssen. Müssten diese durch den Verursacher getragen werden (z.B. in Form einer Verschmutzungssteuer), würde die Uebernutzung zurückgehen.

**Erklärungsansatz 2****Theorie der Eigentumsrechte (Coase, 1960)**

Umweltgüter werden übernutzt, weil bei den Umweltgütern **keine Eigentumsrechte** bestehen. Die Uebernutzung könnte vermieden werden, wenn

-
-

Fragen/Fallstudien

- ❶ Warum muss man **Wale** vor dem Abschuss schützen?
- ❷ Ein Bauer verwendet für seine Produktion Dünger. Damit erhöht er seine Produktion, verschmutzt aber den Boden sowie die Wasservorräte, die durch ein benachbartes Wasserwerk genützt werden möchten. Die Wassernutzung durch das Wasserwerk ist nur durch den Einbau einer zusätzlichen Kläranlage möglich. Anderfalls wäre ein anderer Standort für das Wasserwerk zu suchen.

Die Wassernutzung durch das Wasserwerk führt dazu, dass ein benachbarter Fluss austrocknet und damit negative Auswirkungen auf Menschen, Flora und Fauna zur Folge hat.

Zeigen Sie, warum hier das Täter - Opfer - Schema nicht anwendbar ist. Erklären Sie den Satz "Externalitäten haben damit einen **reziproken Charakter**".
- ❸ Aussage: "Um Umweltgüter zu schonen, sollte man in Zukunft jegliche negative Externalitäten verbieten". Diskutieren Sie.
- ❹ Beurteilen Sie die Schaffung von Eigentumsrechten in folgenden Fällen:
 - Ein Staat erlaubt Luftverschmutzungen bis zu festgelegten Grenzwerten.
 - Ein Staat macht die Luftverschmutzer für die Folgen der Luftverschmutzung verantwortlich.

2. Frage: Welches sind die Instrumente des Umweltschutzes?

1. **Freiwilliger Umweltschutz:** Hoffnung auf das Gute im Menschen ➡ POPULAER!
 - 1.1. **Verhandlungslösung** ➡ Coase
 - 1.2. Herbeiführen von **Verhaltensänderungen**, z.B. durch Umwelterziehung
2. **Technisch-planerischer Umweltschutz:** Nach-/Vorsorge ➡ ALT!
 - 2.1. **Nachsorge**, z.B. durch Klär- und Kehrrechtverbrennungsanlagen (mit Steuern finanziert!)
 - 2.2. **Vorsorge**, z.B. durch Raumplanung (Industriezonen/Wohnzonen etc.) oder durch Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

3. **Polizeilicher Umweltschutz:** Gebote und Verbote ➡ VERBREITET!
- 3.1. **Gebote**, z.B. Abgaskontrolle für Autos
- 3.2. **Verbote**, z.B. Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen
4. **Marktwirtschaftlicher Umweltschutz** ➡ NOCH SELTEN!
Warum sind diese Instrumente vorzuziehen?
- 4.1. **Externe Umweltkosten werden den Verursachern voll angelastet.**
Es gibt **zwei Möglichkeiten:**
- 4.1.1. **Abgabe** (Pigou), z.B. Kehrichtsackgebühr
- 4.1.2. **Aenderung der Eigentumsrechte** (Coase)
- 4.2. **Regulierung**
Unterschied zu 4.1.: Es wird nicht das Optimum angestrebt, sondern es werden **Grenzwerte** festgelegt, die dann mit der Regulierung eingehalten werden sollen.
- 4.2.1. **Lenkungsabgaben** (= Verteuerung umweltbelastender Aktivitäten),
z.B. lärmabhängige Landtaxe für Flugzeuge, höherer Zolzzuschlag für verbleites Benzin
- 4.2.2. **Emissionszertifikate:** Staat legt Verschmutzungsmengen fest, die in Form von Wertpapieren den Verschmutzern (z.B. Industrieunternehmen) zugeteilt werden; Preis kann sich dann durch Handel frei einpendeln.
- 4.2.3. **Subventionen** des Staates für Umweltschutzmassnahmen,
z.B. Förderung des öffentlichen Verkehrs

3. Frage: Welche Instrumente gibt es (vor allem) im Verkehrsbereich?

Begriffe und Konzepte

Oekobonus =

Road Pricing

Fall 1 Oekobonus

Nehmen Sie zu diesem **Text** Stellung:

Die Vertreter des Oekobonus behaupten, jede Verteuerung eines Produktes, wenn sie über der Entwicklung des Index liege (sog. relative Verteuerung), führe zu einem Minderverbrauch. Geht man von einer Preiselastizität von -0,3 aus, so würde bei einer Preiserhöhung von beispielsweise 10 % der Benzinverbrauch um 3 % zurückgehen. Nachstehende Zahlen beweisen doch genau das Gegenteil:

<i>Jahr</i>	<i>1978</i>	<i>1979</i>	<i>1980</i>	<i>1981</i>	<i>1982</i>
Benzin Rp./l	95	110	115	125	122
Verbrauch kg/Kopf	412	409	430	444	447

Die Preiselastizität der Nachfrage nach Benzin ist zeitweise sogar **positiv!**

Zusatzinformation zum Fall 1:

NZZ vom 29.9.92, S. 39 über die Preiselastizität der Verkehrsnachfrage in der Schweiz: "Wenn der Benzinpreis um 10 % steigt und alle anderen Einflussfaktoren unverändert bleiben, so geht die Nachfrage im Strassenverkehr um 5 bis 7 % zurück und die Nachfrage im öffentlichen Verkehr steigt um 1 bis 2. %. Wenn die Preise im öffentlichen Verkehr um 10 % erhöht werden, so geht die Nachfrage in diesem Verkehrsbereich um 6 bis 9 % zurück, und es kommt zu einer, allerdings nur sehr schwachen, Verlagerung auf die Strasse."

Fall 2 Oekobonus

Nehmen Sie zu den **zwei folgenden Argumenten** Stellung:

- ❶ Wenn der durch den Staat erhobene Oekobonus auf Benzin an die Bevölkerung zurückerstattet wird, ist der Spareffekt bei Benzin aufgehoben, da die Bevölkerung den erhaltenen Oekobonus doch wieder nur für Benzin ausgibt.
- ❷ Eine Rückvergütung des Oekobonus an die Bevölkerung sollte nicht stattfinden, da der administrative Aufwand zu hoch ist. Es wäre besser, wenn der Staat den Oekobonus in den Staatshaushalt fließen lassen würde.

Fall 3 Road Pricing

NZZ vom 24.5.94 S. 51: "Die längsten Erfahrungen mit RP weist der Stadtstaat Singapur auf. Dort besteht seit 1975 ein Zonenlizenzsystem ALS (Area Licensing Scheme), das den Spitzenstundenverkehr am Morgen um rund 30 % reduzieren soll. ... In der ausgeschiedenen Zone sind von 7 Uhr 30 bis 10 Uhr 15 nur Vignetteninhaber zum Fahren berechtigt. Der Preis ist verschieden, je nach Fahrzeugtyp. Die Vignette wird zum voraus gekauft, als Tages-, Monats- oder Jahreskarte. Fahrzeuge mit mindestens vier Insassen benötigen ... keine Vignette. Seit 1989 beträgt der Tagespreis 3 sing. \$ für Privatwagen und 6 sing. \$ für Firmenfahrzeuge.... Die Einführung eines Elektronischen Road Pricing (ERP) soll unmittelbar bevorstehen und bis 1997 fertiggestellt sein."

Fragen:

1. Warum ein "Road Pricing"?
2. Welche Auswirkungen sind zu erwarten?
3. Welche Probleme stellen sich bei der Einführung?

Fall 4 Eigentumsrechte an Fischgründen

Man möchte Eigentumsrechten an Fischgründen schaffen. Diskutieren Sie folgenden Vorschlag:

1. Es gibt ein langfristig gültiges Recht, in einem bestimmten Gebiet zu fischen (ähnlich dem Eigentum von Land).
2. Ferner gibt es für das gleiche Gebiet kurzfristige Rechte (z.B. für ein Jahr), eine bestimmte Anzahl von Fischen zu fangen. Diese Rechte sind handelbar.

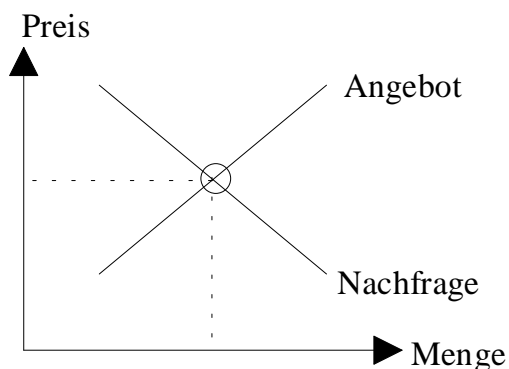
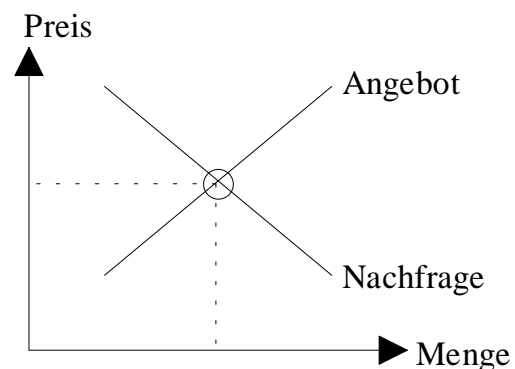
Thema 06: **Sozialpolitik****Teil I: Warum Sozialpolitik?**

1. Der **Markt** führt zu Einkommensverteilungen, die für verschiedene Gruppen ungerecht sind: für Kranke, für Hilflose, für Alte etc.

Der Staat muss daher eine **Sozialpolitik** betreiben, die solche unerwünschten Auswirkungen des Marktes korrigiert ➔ soziale Marktwirtschaft. Es ist eine politische Frage, welche Mittel in welchem Ausmass eingesetzt werden.

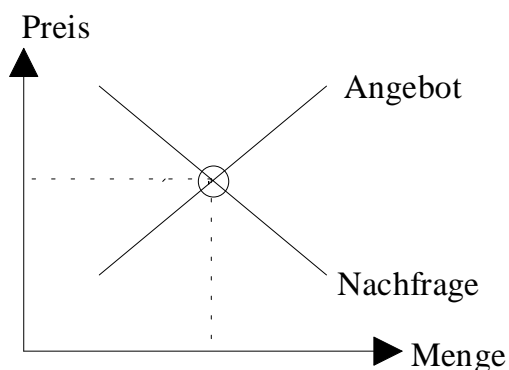
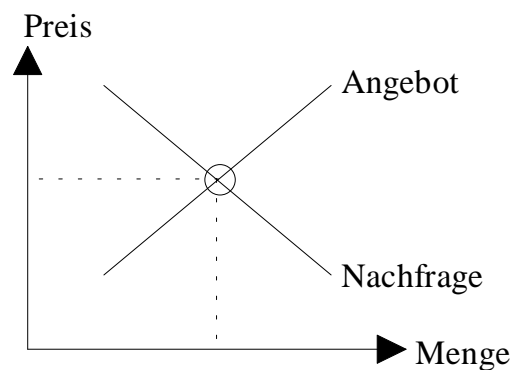
2. Der Staat kann bereits **auf dem Markt eingreifen und damit die Entstehung der Einkommen beeinflussen**. Möglich sind folgende Eingriffe:

- 2.1. **Marktkonforme Massnahmen** ➔ Sie führen zu einem **neuen Marktgleichgewicht**.

Fall einer Luxussteuer**Fall einer Subvention für ein lebensnotwendiges Gut**

Zeichnen Sie die Auswirkungen der marktkonformen Massnahmen ein.

- 2.2. **Nichtmarktkonforme Massnahmen** ➔ Sie führen zu einem **Marktungleichgewicht**.

Fall eines Mindestpreises**Fall eines Höchstpreises**

Mindestpreise unterstützen die Anbieter (z.B. Bauern), Höchstpreise die Nachfrager

(z.B. Konsumenten).

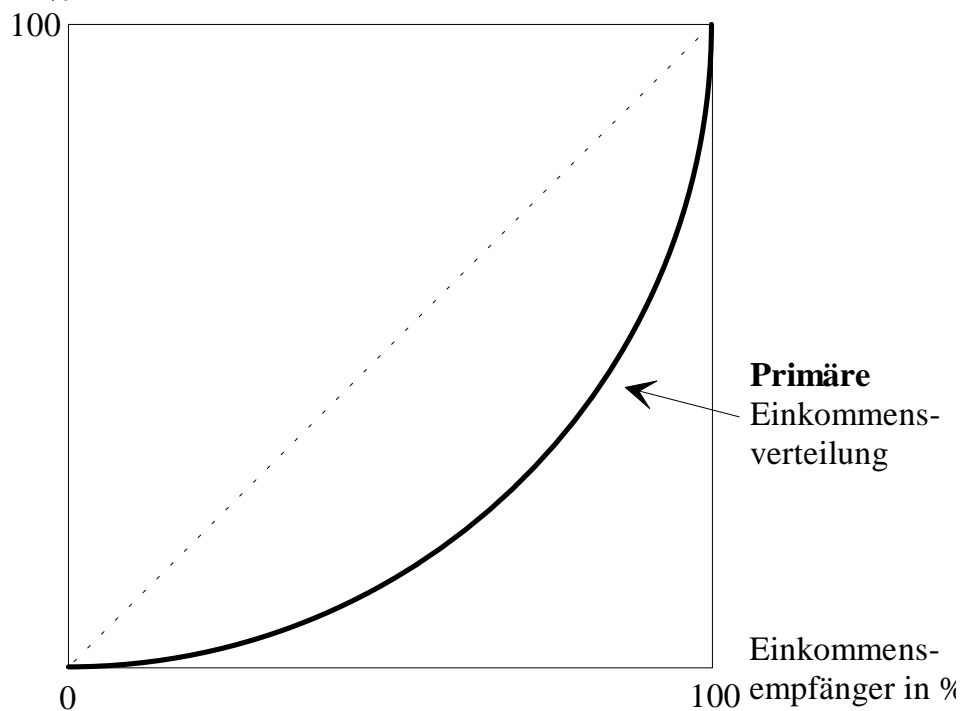
Beiden führen zu unangenehmen Folgen. Zeichnen Sie diese ein.

3. Auf Grund des Marktes entsteht eine bestimmte **Einkommensverteilung**, die **primär** genannt wird. Durch die **Umverteilung** via Steuern (Einkommenssteuern) und Transferzahlungen wird die primäre Einkommensverteilung zugunsten der tieferen Einkommensempfänger korrigiert. Es ergibt sich die sog. **sekundäre Einkommensverteilung**.

Die Einkommenssteuern wirken deshalb umverteilend, weil sie **progressiv** ausgestaltet sind.

Lorenzkurve

Einkommen
in %



Zeichnen Sie ein:

- die Auswirkungen von Einkommenssteuern und Transferzahlungen auf die obige Lorenzkurve;
- den GINI-Koeffizienten.

Zusatzbemerkung:

Im Gegensatz zur Einkommenssteuer ist eine Konsumsteuer regressiv. Durch besondere Massnahmen (Freiliste/tiefere Steuersätze für lebensnotwendige Güter) kann dieser Effekt gemildert werden, so dass eine proportionale oder sogar eine progressive Steuer entstehen kann.

Teil II: Sozialversicherungen

1. Allgemeine Bemerkungen zu den Sozialversicherungen

1.1. **Ziel:** Sie sollen Schutz in wirtschaftlich und sozial entscheidenden Lagen des Lebens gewährleisten, z.B. bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Familienlasten, Arbeitslosigkeit, Alter, Tod der Ernährerin (des Ernährers).

1.2. Merkmale

- Obligatorium
- Gesetzlich vorgeschriebene Mindestleistungen
- Finanzierung durch Beiträge der "Versicherten" und vielfach der öffentlichen Hand
- Öffentlichrechtliche Regelung, Oberaufsicht des Staates
- Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen

1.3. **Zweige:** AHV, EL zur AHV, IV, EL zur IV, BV, KV, UV (Suva), EO, ALV, FZ

1.4. Bedeutung, Anteile am BIP

- Grösste Anteile (nach Einnahmen): 1. BV, 2. AHV, 3. KV
- **Quote der Sozialleistungen** (= Anteil der Sozialversicherungseinnahmen am BIP)
ca. 24,7 %
Diese zeigt die Belastung der Volkswirtschaft durch Sozialversicherungsbeiträge.
- **Quote der Sozialleistungen** (= Anteil der Sozialversicherungsleistungen am BIP)
ca. 18,2 %
Diese zeigt, wieviele % des BIP mit Sozialversicherungsleistungen erworben werden können.
- Quote der Sozialleistungen minus Quote der Sozialleistungen =
Verwaltungsaufwand + **Kapitalbildung**

1.5. Finanzierungsverfahren

1.5.1. **Umlageverfahren:** **Laufende Einnahmen** ➡ **Laufende Ausgaben**
Die laufenden Einnahmen und Ausgaben sind etwa gleich gross.
Beispiel: AHV

1.5.2. **Kapitaldeckungsverfahren:** Es wird ein **Finanzkapital** gebildet, das später zur Deckung der fälligen Renten dienen soll.
Beispiel: BV

1.5.3. **Volkswirtschaftlicher Vergleich:** **Realwirtschaftlich** sind die beiden Verfahren identisch: In jedem Fall müssen die Erwerbstätigen auch Güter und Dienste für die Nicht-Erwerbstätigen (Kinder + Rentner) bereitstellen. **Unterschiedlich** ist die **Anspruchsberechtigung**. Beim Umlageverfahren haben die Rentner Ansprüche gegen die zukünftigen Beitragspflichtigen, beim Kapitaldeckungsverfahren ist der vertraglich oder gesetzliche Anspruch durch ein Deckungskapital gesichert.

2. Die Altersvorsorge, speziell die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

2.1. Die AHV ist Teil des **Dreisäulenprinzips** (in der Bundesverfassung 34 quater verankert).

Säule	Ziel	Finanzierung
1. Säule: Staatliche Vorsorge		
2. Säule: Berufliche Vorsorge		
3. Säule: Selbst- vorsorge		

2.2. Leistungen der AHV

2.2.1. Die Leistungen werden **in der Regel alle zwei Jahre** an die wirtschaftliche Entwicklung auf Grund eines **Mischindex** angepasst (= arithmetisches Mittel aus Lohn- und Preisindex).

2.2.2. Die Leistungen werden **früher** angepasst, wenn die **Jahresteuern** Ende Juni die 4 % -Schwelle überschreitet.

2.3. Zukunftsproblem Nr. 1

Demographische Entwicklung, und damit verbunden: Finanzierungsfrage

Zu beachten ist, dass die Ueberalterung zur Erhöhung des Alterslast- und der Gesamtlastquote führen wird.

3. Berufliche Vorsorge (BV)

3.1. Nach gesetzlicher Vorschrift sind die Altersrenten **im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten** der Vorsorgeeinrichtung an die **Preisentwicklung** anzupassen (bei Hinterlassenen- und Invalidenrenten nach Anordnung des Bundesrates).

3.2. Da die BV nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert wird, sind die **Anlagearten** auszuwählen. In der Schweiz sind bisher vor allem Nominalwerte (Obligationen/Hypotheken/ etc.) gewählt worden.

3.3. Es besteht neuerdings die Möglichkeit der Verwendung von Mitteln der Pensionskasse für die Finanzierung von **Wohneigentum** (Vorbezug oder Verpfändung).

3.4. Schliesslich ist die **Freizügigkeit verbessert** worden: Damit soll der Arbeitnehmer beim Stellenwechsel keinen Verlust an Vorsorgeschutz erleiden.

Thema 07: **Finanzwirtschaft**

Die Finanzwirtschaft befasst sich mit der Beschaffung, der Verwaltung und der Verwendung der öffentlichen Mittel.

Teil I: Ueberblick

1. Staatsquote

- 1.1. Staatsquote = Anteil der Staatsausgaben am Bruttonettoprodukt (BSP) ➔ 1996: 30,7 %
Es handelt sich hierbei um die Staatsquote **netto** (nur Verwaltungsausgaben). Die Staatsquote **brutto**, die zusätzlich noch die Anstalten/Betriebe sowie die Sozialversicherungen erfasst, beträgt mehr als 40 % (letzte verfügbare Zahlen: 1989 = 38,6 %).
- 1.2. In allen Industrieländern ist die Staatsquote in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Damit hat sich das im letzten Jahrhundert (1864) beschriebene Gesetz, das sog. **Wagnersches Gesetz** Wagnersches Gesetz: Staatsquote steigt im Laufe der Zeit, bestätigt.
- 1.3. Mögliche Gründe für das Wagnersche Gesetz:
 - Öffentliche Leistungen sind **einkommenselastischer** als andere Güter.
 - **Die Möglichkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität** sind im öffentlichen Bereich **geringer**.
 - **Politischer Mechanismus wirkt auf Expansion hin** (deutlich beim Ausbau des Sozialstaats, von Infrastrukturaufgaben).

2. Staatsausgaben

Die Staatsausgaben hängen mit den **Staatsaufgaben** zusammen. Es kann unterschieden werden:

- | | | |
|-------------------------------------|---|----------|
| 2.1. Ordnung und Sicherheit: | z.B. Rechtspflege, Polizei, Landesverteidigung | ca. 22 % |
| 2.2. Infrastruktur: | z.B. Unterricht, Gesundheitswesen, Umweltschutz | ca. 51 % |
| 2.3. Verteilung: | z.B. soziale Wohlfahrt, Landwirtschaft | ca. 21 % |
| 2.4. Finanzausgaben | Zinsen für die Staatsschulden | ca. 6 % |

3. Staatseinnahmen

Die Staatsausgaben lassen sich aus zwei Quellen finanzieren:

3.1. Steuern und Abgaben

Steuereinnahmen 1995 75 Mrd. (69 % direkte, 31 % indirekte Steuern)
(zum Vergleich BIP 1995 365 Mrd.)

3.2. Verschuldung

Oeffentliche Schulden 1996 179 Mrd. (= 50 % des BIP)

Die Schulden nehmen zu (ab), wenn der Staat ein Haushaltsdefizit (Haushaltsüberschuss) ausweist.

4. Staatsfinanzen und Aufbau der Schweiz

Der stark föderale Aufbau der Schweiz (1 Bund, 26 Kantone und ca. 3'000 Gemeinden) bewirkt, dass alle drei Ebenen einnahmen- und ausgabenmässig - wenn auch in unterschiedlicher Weise - von grosser Bedeutung sind.

5. Arten der Steuern

5.1. Steuern auf Einkommen und Vermögen bzw. Ertrag und Kapital

5.2. Personalsteuern, z.B. Kopfsteuern

5.3. Verkehrssteuern

z.B. Emissionsabgabe auf Wertpapieren
Erbschafts- und Schenkungssteuern
Zölle
Mehrwertsteuer

5.4. Besitz- und Aufwandsteuern

z.B. Billettsteuern, Hundesteuern, Motorfahrzeugsteuern

6. Fragen und Aufgaben

6.1. Was würde eine Staatsquote von 100 % bedeuten?

6.2. Ein Staat hat Staatsschulden von 200 Mrd., die zu durchschnittlich 3.5 % zu verzinsen sind. Die Staatsausgaben betragen 110 Mrd. Wieviele % der Staatsausgaben betragen die Zinsen für die Staatsschuld?

6.3. Als Prinzip gilt in der Schweiz: Die indirekten Steuern kommen dem Bund zu, die direkten Steuern den Kantonen und Gemeinden.

- Beispiele für direkte, indirekte Steuern?
- Was unterscheidet die beiden Steuerarten?
- Könnte man das obenerwähnte Prinzip nicht umkehren?

6.4. Diskutieren: "Staatsschulden gegenüber Inländern belasten die Volkswirtschaft nicht, weil Schuldner und Gläubiger der gleichen Volkswirtschaft angehören. Anders ist es bei Staatsschulden gegenüber im Ausland wohnhaften Gläubigern." Warum belasten Staatsschulden gegenüber im Ausland wohnhaften Gläubigern die Volkswirtschaft? Inwiefern

können auch Staatsschulden gegenüber Inländern zu einer volkswirtschaftlichen Belastung führen?

- 6.5. In der CH gibt es erhebliche Beiträge und Zahlungen vom Bund zu den Kantonen, aber auch von den Kantonen zu den Gemeinden (sog. Finanzausgleich). Warum gibt es einen Finanzausgleich?
- 6.6. Aus welchen Gründen kann die Staatsquote netto bzw. die Staatsquote brutto ansteigen?
- 6.7. Wie erfolgt in der Schweiz die Aufteilung der Aufgaben auf Bund bzw. auf die Kantone? sog. Kompetenzkompetenz
- 6.8. Warum braucht es eigentlich einen Staat?
- 6.9. Wie hat sich die Staatsquote, auf das BIP bezogen, verändert?

Jahr	BIP	Staatsausgaben
1980	170	47
1990	317	87
1995	365	111

Teil II: Budgetierung

1. Das Budget (auch Voranschlag oder Haushaltsplan) zeigt die voraussichtlichen Staatseinnahmen und -ausgaben eines Jahres.

2. Budgetkreislauf

Das Budget wird in **7 Stufen** aufgestellt und realisiert (sog. Budgetkreislauf)

- ① Entwurf
- ② Vorberatung Budgetentwurf
- ③ Beratung und Beschluss
- ④ Durchführung
- ⑤ Kontrolle der Budgetdurchführung
- ⑥ Genehmigung der Rechnung (nach Abschluss)
- ⑦ Nachtragskredite bei Ausgabenüberschreitungen

Wer ist zuständig für die einzelnen Stufen?

3. Budgetgrundsätze

- 3.1. Grundsatz der Vollständigkeit
- 3.2. Grundsatz der Einheit

- 3.3. Grundsatz der Klarheit
- 3.4. Grundsatz der Genauigkeit
- 3.5. Grundsatz der Rechtzeitigkeit
- 3.6. Grundsatz der Kreditbeschränkung
- 3.7. Sollprinzip
- 3.8. Bruttoprinzip
- 3.9. Grundsatz der Oeffentlichkeit

4. Aufgabe: Welche Budgetgrundsätze wurden hier verletzt?

- ① In einer Gemeindeversammlung wird das Budget 1997 erst im September 1998 genehmigt.
- ② In einem Kanton wird das Budget klammheimlich in der Regierung aufgestellt und genehmigt.
- ③ In einer Gemeinde werden nicht benutzte Baukredite für den Kauf eines Lastwagens verwendet.
- ④ In einem Kanton werden die Ausgaben Wert Anfang Jahr, die Einnahmen Wert Ende Jahr budgetiert.
- ⑤ Eine Gemeinde führt mehrere Budgets und mehrere Rechnungen.
- ⑥ In einem Gemeindebudget werden nur die Investitionen über Fr. 10'000.-- berücksichtigt.
- ⑦ Eine Gemeinde bucht die Löhne auf der Sollseite des Kontos Steuern.

Teil III: Oeffentliches Rechnungswesen

- Unterlagen:
- Schweizerischer Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte
 - Schematische Darstellung des Rechnungsmodells

Teil IV: Staatsausgaben

1. Gliederung

1.1. nach **Funktionen** (nach Aufgaben)

Bund, Kantone und Gemeinden 1995 (in Mio. Fr.)

Bildung	21'229	
Soziale Wohlfahrt	19'853	
Gesundheit	14'224	
Verkehr	11'209	
usw.	usw.	usw.
total	110'826	100 %

1.2. nach **Sachgruppen**: Bund, Kantone und Gemeinden 1995 (in Mio. Fr.)

Laufende Ausgaben	97'072	
davon Personalaufwand	40'165	
davon Beiträge, Entschädigungen	44'188	
Investitionsausgaben	13'754	
usw.	usw.	usw.
total	110'826	100 %

2. Gesetzmässigkeiten in der Entwicklung der Staatsausgaben

2.1. **Wagnersches** Gesetz (siehe Teil I)

2.2. **Popitzsches** Gesetz? Formulieren!

Jahr	%-Anteil an den Ausgaben Bund/Kantone	
	Bund	Kantone
1910	32,6 %	
1965	50,3 %	
1989	42,4 %	
1995	43,8 %	

2.3. **Brechtsches** Gesetz → Gemeinden von einer gewissen Bevölkerungsgrösse weisen sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung höhere Ausgaben aus.

Frage zu den Gesetzmässigkeiten:

Welche **Ursachen** führen dazu, dass das Popitzsche und Brechtsche Gesetz zu beobachten sind?

3. Subventionen (Dubs 380 f.)

3.1. Begriff: **Subventionen** sind unentgeltliche finanzielle Leistungen der öffentlichen Hand an Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen bestimmter Branchen und Regionen, die produktive Leistungen für den Markt oder Beiträge zur kulturellen und sozialen Entwicklung erbringen.

Davon zu unterscheiden sind **Transferleistungen** → unentgeltliche Uebertragungen der öffentlichen Hand an private Haushalte aus sozialpolitischen Gründen, mit Auswirkungen auf die sekundäre Einkommensverteilung. Subventionen verändern bereits die primäre Einkommensverteilung.

3.2. **Motive** für Subventionen

- Oekonomische Motive
 - Protektionismus
 - Rationalisierung
 - Sozialpolitik
 - Autarkiebestrebungen

- Ausserökonomische Motive
 - Kultur- und Bildungspolitik
 - Politische Motive
 - Militärische Motive

3.3. **Beurteilung** von Subventionen

Aussagen:

- ① Subventionen machen faul.
- ② Subventionen helfen, gesellschaftliche Ziele zu erreichen

3.4. Subventionen in der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung** (traditionelle Nationale Buchhaltung)

Volkseinkommen	
+ indirekte Steuern	
- Subventionen	
<hr/>	
Nettosozialprodukt	
+ Abschreibungen	
<hr/>	
Bruttosozialprodukt (BSP)	
+ Faktoreinkommen an das Ausland	
- Faktoreinkommen aus dem Ausland	
<hr/>	
Bruttoinlandprodukt (BIP)	
<hr/>	

3.5. **Anforderungen an gute Subventionen**

- Billigkeit der Subventionen
- gezielte Wirkungen
- keine Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten
- Berücksichtigung von konjunktur- und wachstumspolitischen Gesichtspunkten

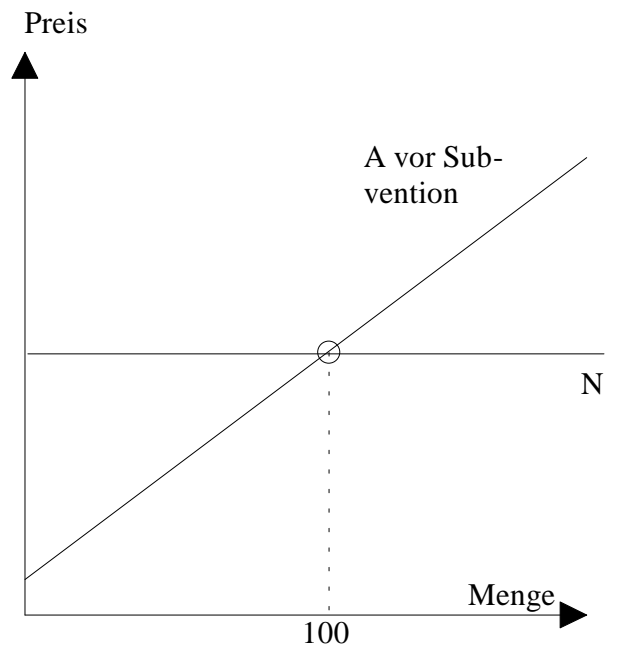
3.6. **Subventionen an die Produzenten erhöhen die Marktmenge und/oder senken den Marktpreis.** Zeigen Sie dies mit den Grafiken auf der nächsten Seite.

Ein Staat möchte Produzenten subventionieren. Es stellt sich die Frage, welches Produkt zu subventionieren ist. Die Auswirkungen hängen von der Marktsituation ab.

Zeichnen Sie in die folgenden Grafiken die Subventionen ein. Welches sind die Folgen auf den einzelnen Märkten? Es interessiert insbesondere die Frage, wie hoch die Subventionen sind und ob sie den Anbietern zugute kommen. Ferner sind die Auswirkungen für die Konsumenten zu beachten.

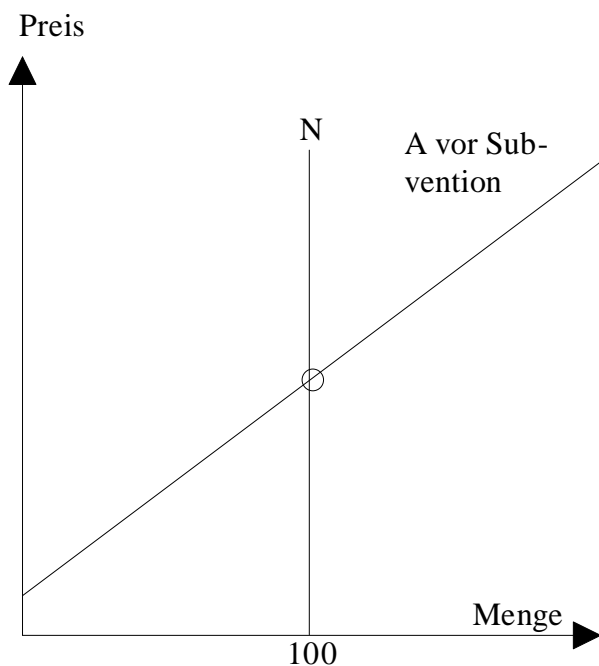
Produkt/Markt 2

➔ Die Konsumenten sind nicht auf das Produkt angewiesen.



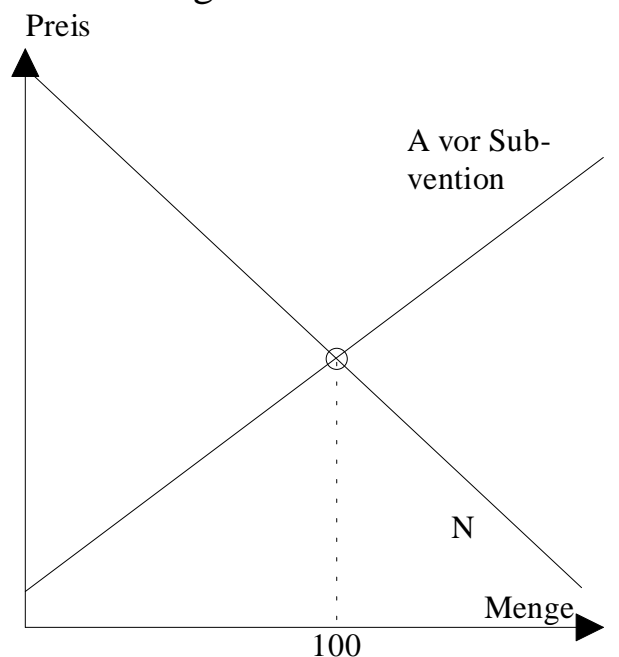
Produkt/Markt 1

➔ Die Konsumenten sind auf das Produkt angewiesen.



Produkt/Markt 3

➔ häufigster Fall



Teil V: Staatseinnahmen

(Begriffe Dubs S. 383 ff.)

1. Gliederung der Staatseinnahmen

- 1.1. Erwerbswirtschaftliche Staatseinnahmen
- 1.2. Staatswirtschaftliche Staatseinnahmen
 - 1.2.1. Gebühren
 - 1.2.2. Beiträge
 - 1.2.3. Steuern
 - 1.2.3.1. Direkte Steuern
 - 1.2.3.2. Indirekte Steuern
- 1.3. Kreditwirtschaftliche Staatseinnahmen
- 1.4. Finanzausgleich

2. Besteuerungsprinzipien

- 2.1. Leistungsfähigkeitsprinzip
Das Leistungsfähigkeitsprinzip legt bei der Einkommenssteuer eine progressive Steuer nahe.
(siehe Unterlage "Taxes")
- 2.2. Äquivalenzprinzip
- 2.3. Verursacherprinzip

3. Anforderungen an ein rationales Steuersystem

- 3.1. Erhebungsbilligkeit
- 3.2. Entrichtungsbilligkeit
- 3.3. Lastenerleichterung
- 3.4. Neutralität
- 3.5. Konjunkturpolitische Wirksamkeit
- 3.6. Verteilungspolitische Wirksamkeit
- 3.7. Achtung der Privatsphäre
- 3.8. Innere Geschlossenheit

4. Steuerwirkungen (legale Abwehr)

- 4.1. Steuervermeidung
 - 4.1.1. Sachliche Anpassung
 - 4.1.2. Zeitliche Anpassung
 - 4.1.3. Räumliche Anpassung
 - 4.2. Steuereinhaltung
 - 4.3. Steuerüberwälzung
- Davon zu unterscheiden ist die illegale Abwehr: Steuerhinterziehung bzw. Steuerbetrug

5. Übungen

- 5.1. Übung zu 2. Leistungsfähigkeitsprinzip

Ist die folgende Steuer progressiv, degressiv oder proportional?

Einkommen	Steuer Fall 1	Steuer Fall 2	Steuer Fall 3	Steuer Fall 4
10'000	2'000	2'000	2'000	2'000
20'000	4'000	3'000	6'000	6'000
30'000	6'000	3'600	12'000	7'500

5.2. Übung zu 3. Rationales Steuersystem

- 5.2.1. Ein Staat besteuert Luxusgüter. Diese Steuer wirft 20 Mio. brutto, 10 Mio. netto ab.
- 5.2.2. Ein Staat besteuert Grundstücke nach der Anzahl Fenster.
- 5.2.3. Ein Staat erhebt nur eine einzige Steuer, nämlich eine Grundstückgewinnsteuer.

5.3. Übung zu 4. Steuerwirkungen

- 5.3.1. Jemand verlegt den Wohnsitz von Basel nach Riehen, um jährlich Fr. 3'000.-- Steuern zu vermeiden.
- 5.3.2. Ein Arzt arbeitet nur von Montag bis Mittwoch, damit das steuerbare Einkommen tief bleibt.
- 5.3.3. Ein Steuerpflichtiger "vergisst" einen Nebenverdienst beim Ausfüllen der Steuererklärung.
- 5.3.4. Ein Hotelier überwälzt die Mehrwertsteuer auf seine Hotelgäste.
- 5.3.5. Ein Arbeitnehmer halbiert das zu versteuernde Arbeitseinkommen (in der Steuererklärung) und ändert dementsprechend seinen Lohnausweis ab.
- 5.3.6. Zeigen Sie, inwiefern ein Anbieter eine Konsumsteuer (z.B. Fr. 1.-- pro kg) auf die Nachfrager abwälzen kann. Zeigen Sie auch die extremen Situationen.
- 5.3.7. Wie ist eine Steuerabwälzung auf dem Bodenmarkt möglich, wenn das Angebot vollkommen preisunlastisch ist und der Anbieter (Nachfrager) die Steuern (z.B. Fr. 100.-- pro Quadratmeter) abliefern muss?

5.4. Übung zu 4. Steuerwirkungen

Der Steuerwiderstand der Steuerbürger kann schliesslich dazu führen, dass die Steuereinnahmen bei zu hohen Steuersätzen sogar sinken können. Dies lässt sich anhand einer **Lafferkurve** zeigen.

Durchschnittssteuer = $100 - S$ (S = Steuersatz, Werte zwischen 0 und 100)

Berechnen Sie die Totalsteuer (→ Durchschnittssteuer mal S) und die Grenzsteuer (1. Ableitung der Funktion der Totalsteuer, nach S abgeleitet) und stellen Sie die drei Steuerarten graphisch dar.

6. Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Steuern

- 6.1. Ein erster Gesichtspunkt ist die **Ueberwälzungsmöglichkeit** einer Konsumsteuer, die vom Anbieter an den Staat abzuliefern ist. Je nach Preiselastizität der Nachfrage ist eine Ueberwälzung der Steuer auf den Nachfrager ganz, teilweise oder aber nicht möglich. Die drei Varianten lassen sich graphisch einfach zeigen.
- 6.2. Ein Steuer führt füllt die Staatskasse, geht aber zulasten der Anbieter und der Nachfrager, indem die **Konsumenten- bzw. die Produzentenrente** sinken. Schliesslich gibt es auch einen Teil der Konsumenten- bzw. Produzentenrente, der nicht dem Staat zufließt, sondern endgültig verloren geht (sog. **deadweight-loss**). Zeigen Sie diese Situation anhand von graphischen Darstellungen.

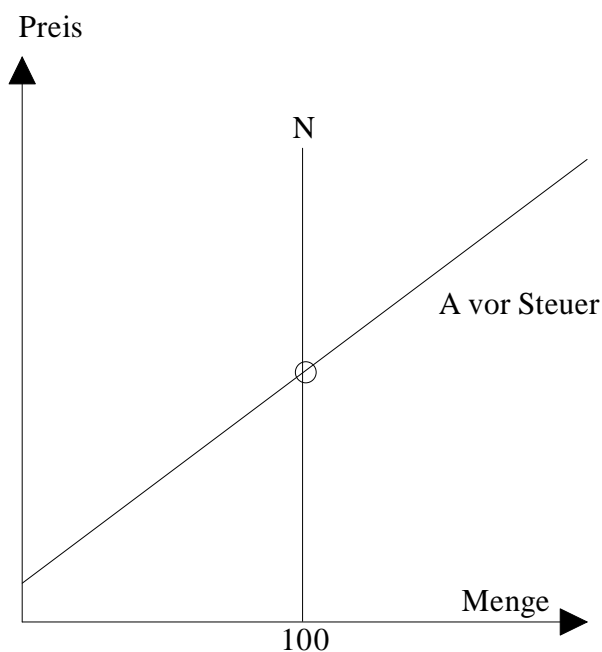
7. **Uebung:** Steuer und Ziele

Ein Staat braucht Geld, viel Geld sogar. Er möchte eine neue Produktsteuer (z.B. Fr. x je Mengeneinheit) einführen. Besteuert werden kann eines von drei unterschiedlichen Produkten (auf unterschiedlichen Märkten). Welches Produkt ist zu besteuern, wenn der Staat die folgenden zwei Ziele verfolgen möchte?

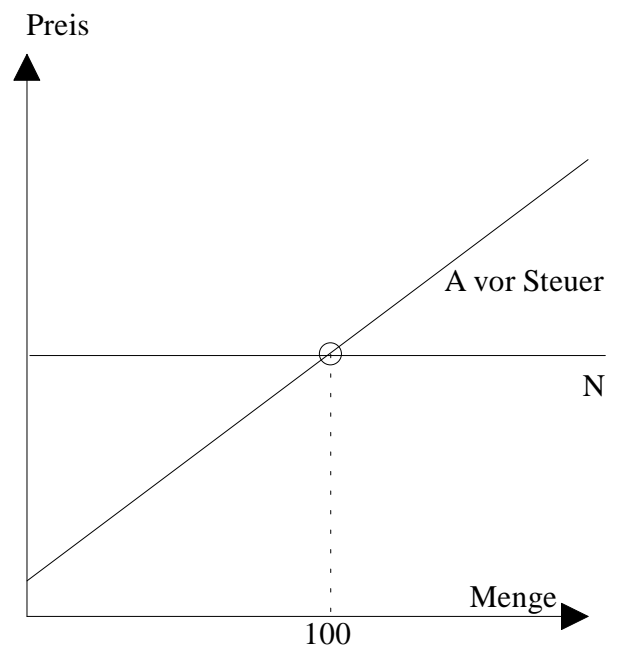
- ❶ möglichst viele Steuern
- ❷ Schonung der Konsumenten

Produkt/Markt 1

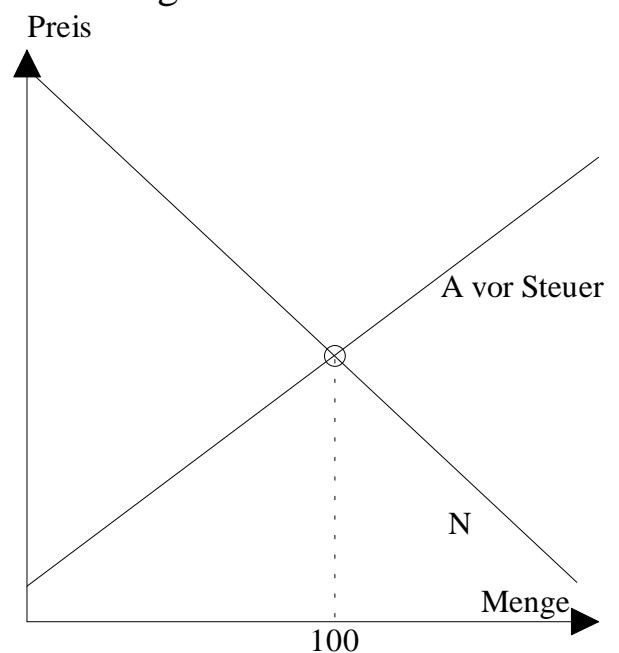
➔ Die Konsumenten sind auf das Produkt angewiesen.

**Produkt/Markt 2**

➔ Die Konsumenten sind nicht auf das Produkt angewiesen.

**Produkt/Markt 3**

➔ häufigster Fall



8. Das schweizerische Steuersystem

Sie erhalten den Auftrag, einem ausländischen Gast die charakteristischen Merkmale des schweizerischen Steuersystems zu schildern. Auf welche Punkte würden Sie hinweisen?

9. Staatsverschuldung

9.1. Die **Staatsschulden** der Schweiz (1996, in Mrd.):
 Bund 86/Kantone 56/Gemeinden 37 (Budget 98: 101/64/38)
 BIP 1996 in Mrd.: 365
 Wie hoch sind die Schulden in % des BIP? Wie hoch pro Einwohner?

9.2. Die **Staatsdefizite** in der Schweiz (1998, in Mrd.):
 Bund 7,6/Kantone 4,2/Gemeinden 0,6
 Wie hoch sind die Defizite in % des BIP?

9.3. **Arten der Staatsschulden**

- innere und äussere
- schwebende und fundierte

9.4. Einige **Kennziffern** zu den Staatsschulden bzw. den Schulden eines Landes:

- ① Schuldendienstquote = Schuldendienst* in % der Exporterlöse
- ② Schulden-Export-Quote = Schulden* in % der Exporterlöse
- ③ Schuldenquote = Staatsschulden in % BIP (Maastricht 60 %)
- ④ Defizitquote = Staatsdefizit in % BIP (Maastricht 3 %)

* betr. Schulden (staatliche und private) gegenüber Gläubigern im Ausland

9.5. Defizitdeckung/Schuldenreduktion aus volkswirtschaftlicher Sicht

$$Y (= \text{Volkseinkommen}) = C + S + T + M$$

$$O (= \text{Sozialprodukt}) = C + I + G + X$$

$$Y = O$$

$$C + S + T + M = C + I + G + X$$

$(G - T)$	$= (S - I)$	$+ (M - X)$
-----------	-------------	-------------

Defizite ($G > T$) lassen sich also auf vier Arten decken. Welche?

9.6. Uebungen und Aufgaben

9.6.1. Staat 1 erhöht jeweils die Steuern, sobald ein Defizit droht.
 Staat 2 deckt Defizite durch Emission von Obligationen.
 Staat 3 deckt Defizite mit Hilfe der Notenpresse.
 Beurteilen Sie die drei Varianten, die Defizite zu decken.

- 9.6.2. Berechnen Sie den **Zinsaufwand in % der Staatsausgaben**, wenn folgende Grössen bekannt sind: Oeffentliche Schulden = 60 % des BIP/Staatsquote = 28 %/Anzahl Beamte 36'500, Durchschnittlicher Zins für Staatsschulden = 3,5 %
- 9.6.3. Ein Land hat soviele Staatsschulden, dass es 100 % der Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden muss. Beurteilen Sie diese Situation.

10. Finanzausgleich

- ❶ Auszugehen ist vom Verhältnis Bund-Kantone ➔ BV Art. 3: "Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind." ➔ Bund hat Kompetenz-Kompetenz
➔ **Trennsystem**

andere Systeme:

- **Konkurrenzsysteem** (z.B. direkte Bundessteuer/kant. Steuern)
- **Verbundsystem** (z.B. Grundsatzregelung durch Bund/Vollzug durch Kantone)

- ❷ **Arten des Finanzausgleichs**

- **Vertikaler:** Vom Bund zu den Kantonen/von den Kantonen zu den Gemeinden
- **Horizontaler:** Zwischen den Kantonen/zwischen Gemeinden
- **Vertikaler mit horizontalem Effekt:** Bundessubventionen an die Kantone werden je nach Finanzstärke abgestuft (finanzstarke/-mittelstarke/-schwache Kantone); analog Kantonssubventionen an die Gemeinden

11. Gesamtübung: Die öffentlichen Finanzen (+)

❶	Eine Gemeinde beschliesst im April über das Budget des laufenden Jahres. Um das Budget möglichst gering zu halten, werden gewisse Einnahmen zu optimistisch (Zuschlag 100 %), und gewisse Ausgaben werden einfach "vergessen". Schliesslich werden gewisse Einnahmen von den Ausgaben abgezogen. Welche Budgetgrundsätze werden hier verletzt?						
❷	Konstruieren Sie drei eigene und einfache Zahlenbeispiele, die zusammen mit der Beschriftung das Wagnersche, das Popitzsche und das Brechtsche Gesetz zeigen. Nehmen wir an, dass es sich um einen Bundesstaat mit Kantonen und Gemeinden handelt.						
❸	Vom Land A sind folgende Grössen bekannt: <table style="width: 100%; margin-top: 10px;"> <tr> <td style="width: 80%;">3.1. Oeffentliche Schulden</td> <td style="text-align: right;">120 % des BSP</td> </tr> <tr> <td>3.2. Staatsquote (hier Staatsausgaben in % BSP)</td> <td style="text-align: right;">30 % des BSP</td> </tr> <tr> <td>3.3. Durchschnittlicher Zinsfuss für Staatsschulden</td> <td style="text-align: right;">6 %</td> </tr> </table> Berechnen Sie den Zinsaufwand in % der Staatsausgaben .	3.1. Oeffentliche Schulden	120 % des BSP	3.2. Staatsquote (hier Staatsausgaben in % BSP)	30 % des BSP	3.3. Durchschnittlicher Zinsfuss für Staatsschulden	6 %
3.1. Oeffentliche Schulden	120 % des BSP						
3.2. Staatsquote (hier Staatsausgaben in % BSP)	30 % des BSP						
3.3. Durchschnittlicher Zinsfuss für Staatsschulden	6 %						

④	<p>Die hohen Wiedervereinigungskosten Deutschlands konnten budgetmässig auf verschiedene Weise aufgebracht werden:</p> <p>4.1. bisherige Staatsausgaben einsparen</p> <p>4.2. Steuern erhöhen</p> <p>4.3. langfristige Staatsobligationen herausgeben</p> <p>4.4. Notenpresse betätigen; "die neuen deutschen Banknoten sind ja wirklich hübsch."</p> <p>Beurteilen Sie die verschiedenen Varianten aus volkswirtschaftlicher Sicht.</p>
⑤	<p>Welche Verschuldungskennziffern sind im Maastrichter Vertrag von Bedeutung?</p>
	Und noch eine Aufgabe allgemeiner Art (nicht zu den öffentlichen Finanzen)
⑥	<p>Nehmen Sie einmal an, Sie müssten Ihrer kleineren Schwester/Ihrem kleinern Bruder die folgenden Begriffe erklären: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonsozialprodukt</p>

Thema 08: Aussenwirtschaft

1. Zahlungsbilanz

Aufbau (vereinfacht)

Teilbilanz	Zahlen 97 (auf 100 Mio. gerundet)
A Handelsbilanz	
B Dienstleistungsbilanz	
C Bilanz der Arbeits- u. Kapitaleinkommen	
A-C Leistungsbilanz (Aussenbeitrag)	
D Uebertragungsbilanz	
A-D Ertragsbilanz	
E Kapitalverkehrsbilanz (+weitere Posten)	
A-E Zahlungsbilanz	

2. Aufgaben zur Zahlungsbilanz (+)

- 2.1. Zu welcher Bilanz gehören folgende Vorgänge? + = Deviseneinnahme/ - = Devisenausgabe
- 2.1.1. Der Urner Inderbitzin macht einen Städteflug nach London.
 - 2.1.2. Ein Amerikaner erwirbt via eine Genfer Bank Nestlé-Aktien.
 - 2.1.3. Ein Emigrant aus Polen schickt seinen Verwandten in Polen eine Weihnachtsüberweisung per Postzahlung.
 - 2.1.4. Ich habe Englische Aktien. Via meine Zürcher Bank erhalte ich eine Dividende in Fr. (nach Umrechnung des engl. £)
 - 2.1.5. Die Schweiz erhält Strom aus Frankreich.
 - 2.1.6. Elsässer nehmen ihren Arbeitsverdienst aus der Schweiz nach Mülhausen.
 - 2.1.7. Die Schweiz zahlt der Uno-Organisation UNESCO den alljährlichen Beitrag (Sitz in Paris).

2.2. Welche der folgenden Bilanzen weisen für die Schweiz traditionellerweise einen Ueberschuss (= +), welche der folgenden Bilanzen traditionellerweise ein Defizit (= -) auf?

Antworten (+ oder -)

2.2.1. Bilanz der Faktoreinkommen

- 2.2.2. Ertragsbilanz
- 2.2.3. Handelsbilanz
- 2.2.4. Bilanz der unentgeltlichen Uebertragungen
- 2.2.5. Bilanz der Arbeitseinkommen
- 2.2.6. Dienstleistungsbilanz
- 2.2.7. Leistungsbilanz

2.3. Wir kennen folgende Grössen (ein wenig ungeordnet):

- Handelsbilanz	+ 9
- Leistungsbilanz	+ 4
- Dienstleistungsbilanz	- 7
- Bilanz der unentgeltlichen Uebertragungen	- 3

Berechnen Sie (mit + oder -)

- 2.3.1. Ertragsbilanz
- 2.3.2. Bilanz der Faktoreinkommen

2.4. Das Land Atlantica (auf einer Insel gelegen) weist den untenstehenden Verkehr mit dem Ausland auf. Erstellen Sie die Zahlungsbilanz in folgenden Formen:

Tabellenform
Kontoform

2.4.1. Kapitalverkehr (Importüberschuss)	750
2.4.2. Bankleistungen	+ 1'250
2.4.3. Versicherungsleistungen	+ 500
2.4.4. Zinsen und Dividenden, ins Ausland gezahlt	300
2.4.5. Zinsen und Dividenden vom Ausland	900
2.4.6. Exporte von Waren	26'000
2.4.7. Importe von Waren	29'000
2.4.8. Schifffahrten im Ausland	250
2.4.9. Einnahmen durch ausländische Touristen	500
2.4.10. Veränderungen der Währungsreserven	- 1'100
2.4.11. Statistischer Fehler	?

2.5. Die Handelsbilanz eines Landes kann positiv oder negativ sein. Gilt diese Aussage auch, wenn Sie alle Handelsbilanzen der Länder dieser Welt konsolidieren?

2.6. Eine Unternehmung weiss, dass 20 % ihrer Aufwände, aber 80 % ihrer Erträge in \$ anfallen. Berechnen Sie den Einfluss einer zehnpromtigen \$-Abwertung auf die Unternehmung, indem Sie von konkreten Zahlen der Erfolgsrechnung (z.B. Summe der Aufwände bzw. Erträge = 100) ausgehen.

Zusatzfrage zu 3.:

Um welche der folgenden Unternehmungen könnte es sich hier handeln?

2.6.1. Milchverband Nordwestschweiz

2.6.2. Nestlé - Konzern

2.6.3. SAir-Group

Begründen Sie bei 2.6.1. bis 2.6.3. Ihre Wahl, aber auch Ihre Abwahl.

3. Wechselkurse

siehe Spezialprogramm

4. Internationaler Handel I: Warum internationaler Handel? ➡ Gesetz der komparativen Kosten

Definition komparativer Kostenvorteil:

Ein komparativer Kostenvorteil liegt dort vor, wo der absolute Kostenvorteil relativ am grössten bzw. der absolute Kostennachteil relativ am geringsten ist.

Definition Opportunitätskosten Gut B = $\frac{\text{Verzicht auf Gut A}}{\text{Mehrproduktion Gut B}}$

Uebungen:

4.1. Es gibt nur 2 Länder, die miteinander Handel treiben, nämlich das Inland und das Ausland. In jedem Land werden nur die beiden Güter A und B hergestellt. Zur Produktion wird nur der Produktionsfaktor Arbeit verwendet.

Land	benötigte Arbeitseinheiten zur Herstellung 1 Einheit des Gutes (konstant bei jeder Produktionsmenge)		im Lande zur Verfügung stehende Arbeits- einheiten
	Gut A	Gut B	
Inland	4	9	3'600
Ausland	6	12	2'400

Aufgaben:

- 4.1.1. Zeichnen Sie die Transformationskurven für das Inland und das Ausland.
- 4.1.2. Berechnen Sie die Opportunitätskosten für die Güter A und B im Inland und im Ausland.
- 4.1.3. Stellen Sie fest, ob ein Land einen komparativen Vorteil bei der Herstellung eines Gutes hat und weisen Sie einen evtl. gegebenen komparativen Vorteil rechnerisch nach.

4.2. Zwei Länder (In- und Ausland) treiben Handel. In jedem Land werden nur die beiden Güter A und B hergestellt. Zur Produktion wird nur der Produktionsfaktor Arbeit verwendet.

Auf welche Güter spezialisieren sich in der Produktion das In- und das Ausland in den folgenden Fällen, wenn sie nach der Theorie der komparativen Kosten handeln?

		benötigte Arbeitseinheiten zur Herstellung 1 Einheit des Gutes (konstant bei jeder Produktionsmenge)	
		Gut A	Gut B
1	Inland	2	4
	Ausland	5	10
2	Inland	12	6
	Ausland	9	5
3	Inland	20	3
	Ausland	22	4

4.3. Es gibt wiederum nur zwei Länder, das In- und das Ausland. In jedem Land werden 2 Güter nur unter Einsatz von Arbeit hergestellt.

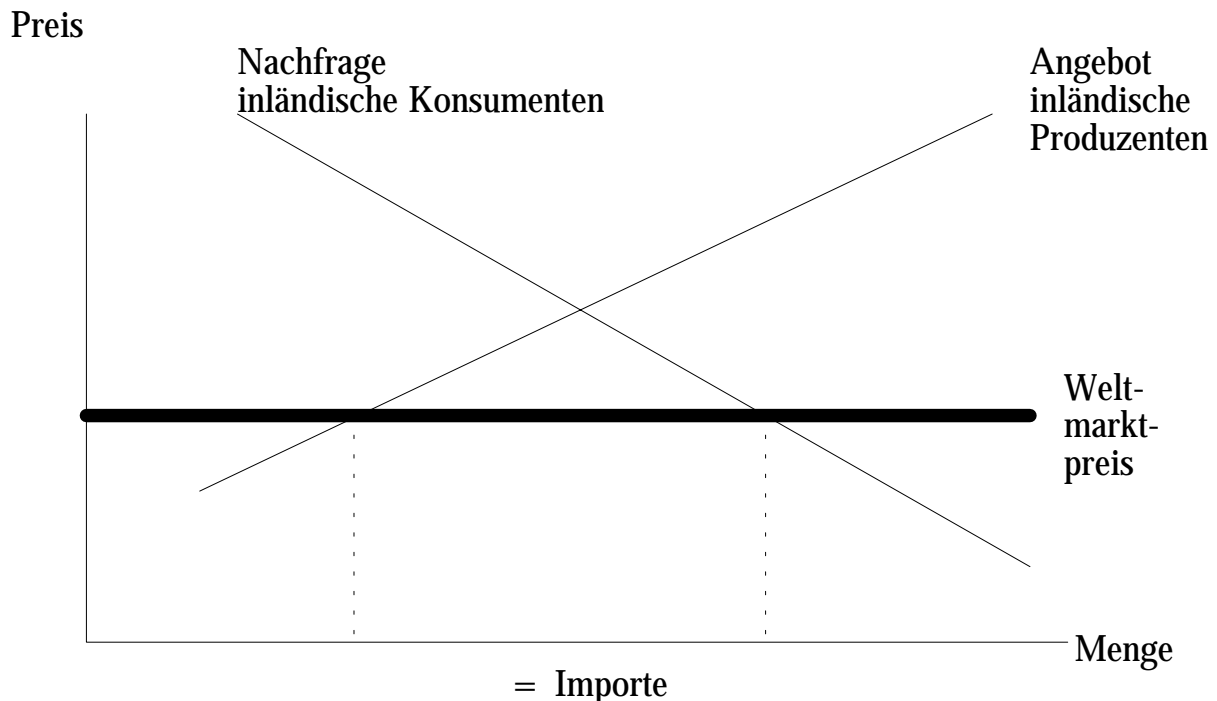
Überprüfen Sie in den folgenden Fällen, ob unter den gegebenen Umständen nach der Theorie der komparativen Kosten Aussenhandel zustandekommt. Begründen Sie ihr Urteil.

		benötigte Arbeitseinheiten zur Herstellung einer Gütereinheit		internationales Tauschverhältnis
		Gut A	Gut B	
1	Inland	2	4	5 : 2
	Ausland	2	4	
2	Inland	3	6	2 : 1
	Ausland	4	8	
3	Inland	4	6	4 : 2
	Ausland	3	9	
4	Inland	4	8	1 : 1
	Ausland	1	6	

5. Internationaler Handel II: Auswirkungen der Zölle

Ausgangsbasis ist der Freihandel zwischen den Ländern (ohne Zölle). Es wird angenommen, dass (vor dem internationalen Handel) der Marktpreis im Inland höher als der Weltmarktpreis ist.

Graphik 1: Ausgangssituation: Freihandel (ohne Zölle)



Nun werden Zölle erhoben. Dadurch steigen die Inlandpreise über den Weltmarktpreis. Es gibt Kreise, die von den Zöllen profitieren und solche, die die Zölle belasten. Mit Graphiken zeigen.

- Graphik 2:** Handel mit Einfuhrzöllen
- Graphiken 3:** Wer gewinnt bei Einfuhrzöllen?
- Graphiken 4:** Wer verliert bei Einfuhrzöllen

6. Die wirtschaftliche Integration

6.1. Begriffe/Stufen

Definition Integration: Unter Integration versteht man den Zusammenschluss verschiedener Staaten zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles.

Stufen:

Stufen	Merkmale
Freihandelszone	Abbau der Binnenzölle
Zollunion	zusätzlich zur Freihandelszone: gemeinsame Aussenzölle
Gemeinsamer Markt	zusätzlich zur Zollunion: Mobilität der Produktionsfaktoren
Wirtschaftsunion	zusätzlich zum gemeinsamen Markt: Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik

Frage: Welche Vor-, welche Nachteile (Probleme) bringt die wirtschaftliche Integration?

6.2. Die Europäische Gemeinschaft (EG), gegründet 1958 in Rom

6.2.1. Inhalt

- ① Abschaffung der Zölle und der Kontingente zwischen den Mitgliedstaaten
- ② Gemeinsamer Aussenzolltarif
- ③ Gemeinsamer Binnenmarkt ➔ Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr
Vier Grundfreiheiten:
 - Freier Warenverkehr
 - Freier Dienstleistungsverkehr
 - Freier Personenverkehr
 - Freier Kapitalverkehr
- ④ Gemeinsame Agrarpolitik
- ⑤ Gemeinsame Verkehrspolitik
- ⑥ Wettbewerbspolitik
- ⑦ Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten
- ⑧ Schaffung eines Sozialfonds und einer Investitionsbank

6.2.2. Organe der EG

- ① Europäisches Parlament
- ② Europäischer Rat
- ③ Ministerrat
- ④ Kommission
- ⑤ Europäischer Gerichtshof

6.3. Vertrag über die Europäische Union (Maastrichter Vertragswerk)

- ① Entwicklung der EG zur **politischen Union**
- ② Entwicklung der EG zur **Wirtschafts- und Währungsunion** (Euro ab 1.1.99 als Buchgeld, ab 1.1.2002 als Buch- und Bargeld), Geldpolitik durch EZB
- ③ Institutionelle Reformen (z.B. Reform des Europäischen Parlaments/Subsidiaritätsprinzip)

6.4. Warum trat die Schweiz der EWG nicht bei? ➔ Originalbrief von Bundesrat R. Felber vom 22.9.89

6.5. Uebung zum ECU/Euro. Der ECU ist eine sog. Korbwährung und wird am 1.1.99 durch den Euro ersetzt (➔ neue Währung, deren Wert am 1.1.99 exakt einem ECU entspricht.)

Währung	Kurs in sFr. am 27.11.	Gewicht	Anteil am ECU
£	2.3050*	0.08784	
dKr.	21.4250	0.1976	
Dr.	0.4780	1.44	
DM	81.9200	0.6242	
fFr.	24.4200	1.332	
L	0.0825	151.8	
hfl.	72.6100	0.2198	
bFr.	3.9700	3.301	
bFr. (Lux.)	3.9700	0.13	
ir. £	2.0260*	0.008552	
Pta.	0.9575	6.885	
Esc.	0.7950	1.393	
	* für 1 Einheit	Kurs eines ECU ➡	

6.6. Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), 1960 in Stockholm

Mitglieder: CH/N/FL/Island

Inhalt:

- Abschaffung der Zölle und der nichttarifären Handelshemmnisse für Industrieprodukte
- Jedes Mitgliedland behält seinen eigenen Aussenzolltarif.
- Ausgeschlossen vom Zoll- und Kontingentsabbau ist die Landwirtschaft.
- Nur von Ursprungszeugnissen begleitete Waren geniessen Zollfreiheit.

6.7. Freihandelsabkommen Schweiz - EG (seit 1973)

Inhalt:

- Abbau der Einfuhrzölle zwischen der Schweiz und der EG für Industrieprodukte. Beibehalten werden jedoch die sog. Fiskalzölle (z.B. für Benzin, Autos, Filme).
- Dem Zollabbau unterliegen Waren, für die ein Ursprungszeugnis beigebracht werden kann.
- Landwirtschaftliche Produkte fallen nicht unter das Abkommen.

6.8. GATT und die neue Welthandelsordnung (WTO)

Folie 1: Die Vertragsparteien des GATT

Folie 2: Wie funktioniert das GATT?

- ① Meistbegünstigung
- ② Zölle als Grenzschutz
- ③ Inländerbehandlung
- ④ Nichtdiskriminierung
- ⑤ Transparenz

Folie 3: Die drei Pfeiler der neuen Welthandelsordnung

- ① Güter- und Zollabkommen
- ② Dienstleistungsabkommen

③ Abkommen über geistiges Eigentum

Thema 08/Ziff. 3.: Flexible Wechselkurse und feste Wechselkurse1. **Flexible** Wechselkurse

1.1. im Laufe der Zeit



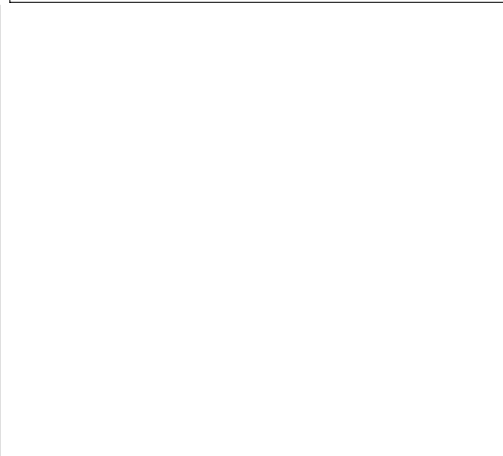
1.2. als Momentaufnahme

2. **Feste** Wechselkurse

2.1. im Laufe der Zeit

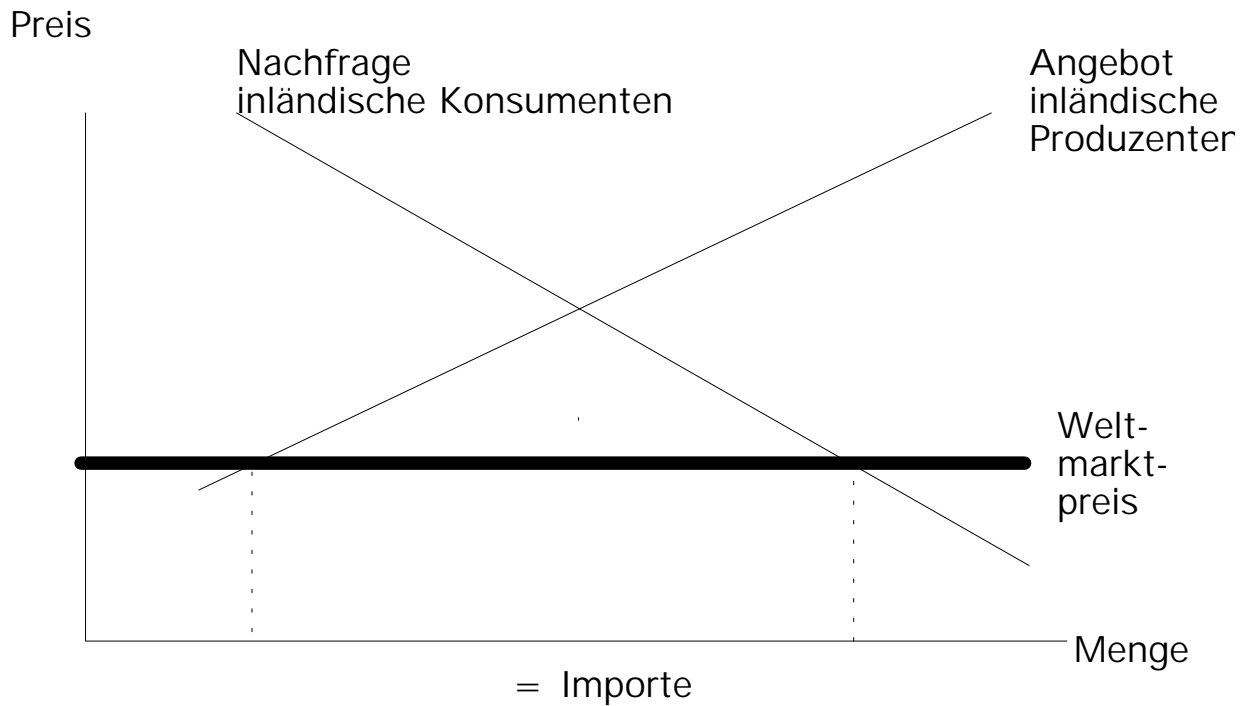


2.2. als Momentaufnahme

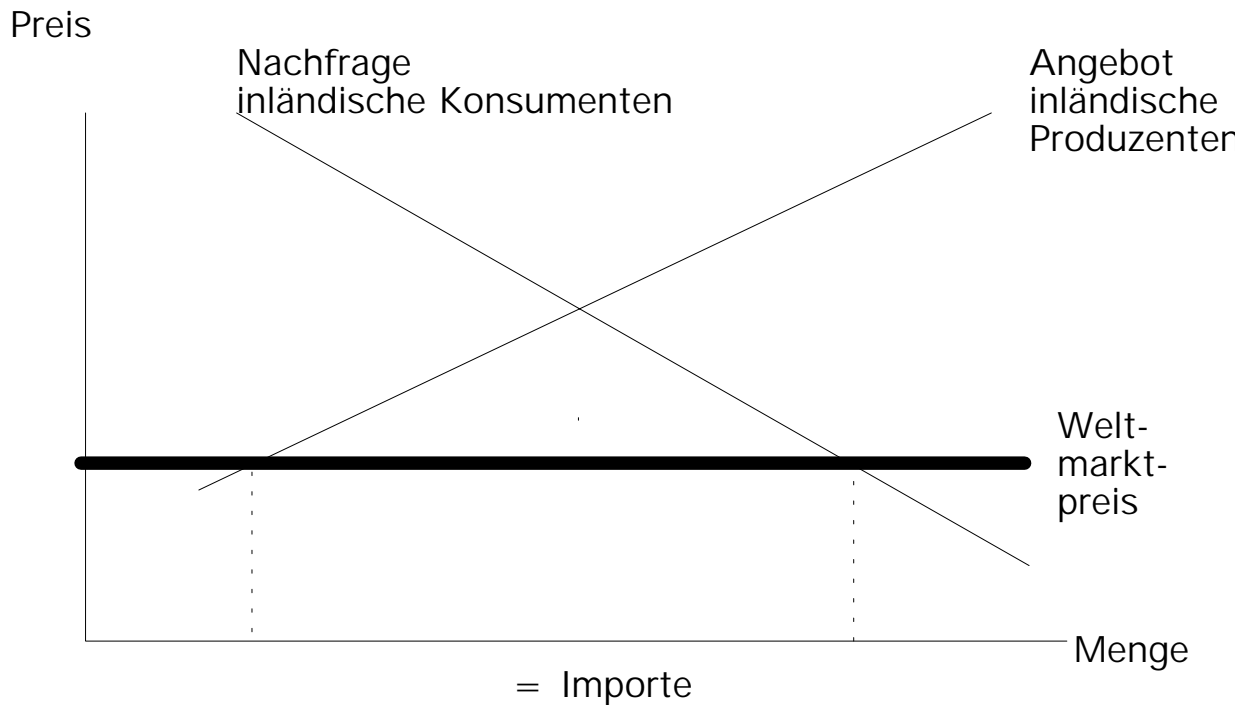


Thema 08/Ziff. 3: Wechselkurse***Feste und flexible Wechselkurse***

1. Zeichnen Sie für das **System flexibler Wechselkurse**:
 - 1.1. Ausgangslage: Kursbildung im System flexibler Wechselkurse
 - 1.2. Zeichnen Sie die Auswirkungen folgender Vorgänge auf Angebot bzw. Nachfrage und damit auf die Wechselkursbildung (Graphik 1.1. weiterverwenden).
 - 1.2.1. Die Exporte gehen sehr stark zurück. Auswirkungen mit Farbe in Ihrer Graphik zeigen.
 - 1.2.2. Die Einwohner wollen ins benachbarte Ausland fliehen (Die Währung des benachbarten Auslandes heisst ECU). Die Einwohner bilden Schlagen vor den Bank-schaltern und rufen: "Gebt uns endlich ECU's!" Auswirkungen mit anderer Farbe in Graphik 1.1. zeigen.
2. Nehmen wir das **System fester Wechselkurse** an. Der Dollarkurs möchte in der Schweiz immer über den oberen Interventionskurs steigen.
 - 2.1. Was muss die Nationalbank **kurzfristig** tun? z.B. beim erstmaligen Auftreten dieser Situation. Antwort mit Worten und mit graphischer Darstellung.
 - 2.2. Was ist zu tun, wenn die Situation gemäss 6.1. **dauernd** anhalten würde?
3. Während des **Systems fester Wechselkurse** (bis Anfang der 70er Jahre) gab es viel mehr Abwertungen als Aufwertungen. Können Sie sagen, warum.
4. Was passiert mit folgenden Grössen, wenn sich die Währung eines Landes **abwertet**? (mit Preiselastizitäten der Import- bzw. Exportnachfrage argumentieren)
 - 4.1. Importe von Waren
 - 4.2. Fremdenverkehr von Ausländern in der Schweiz
5. Nehmen Sie an, dass die Notenbank durch Verknappung der Geldmenge erreicht, dass der Inlandzinsfuss deutlich über den Weltmarkt-Zinsfuss steigt.
 - 5.1. Welches werden die Auswirkungen im **System fester Wechselkurse** für das Inland sein?
 - 5.2. Welches werden die Auswirkungen im **System flexibler Wechselkurse** sein, wenn Sie davon ausgehen können, dass die Geldhändler der Meinung sind, dass von der Ertrags-Ertragsbilanz keine Auswirkungen auf den Wechselkurs ausgehen?

Thema 08/Ziff. 5.**5. Internationaler Handel II: Auswirkungen der Zölle****Graphik 1: Ausgangssituation: Freihandel (ohne Zölle)**

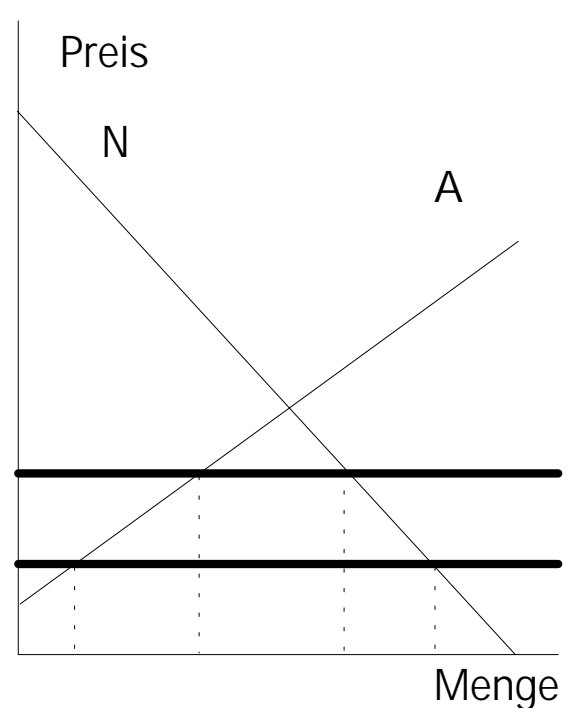
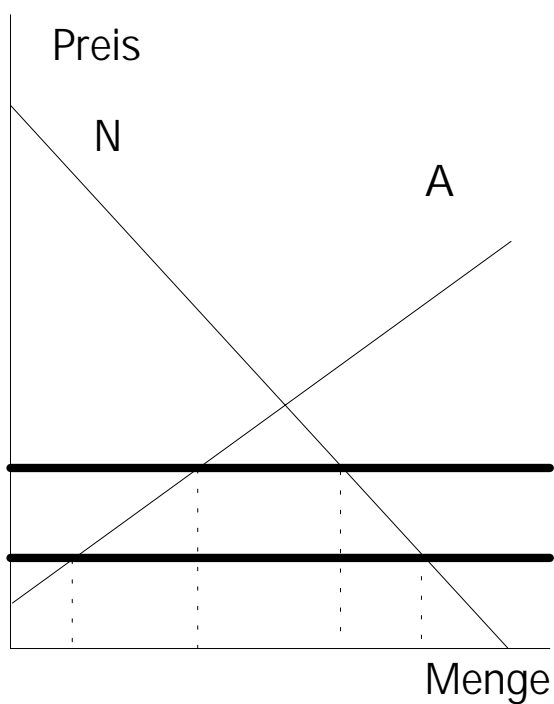
Graphik 2: Handel mit Einfuhrzöllen



Graphiken 3: Wer gewinnt bei Einfuhrzöllen?

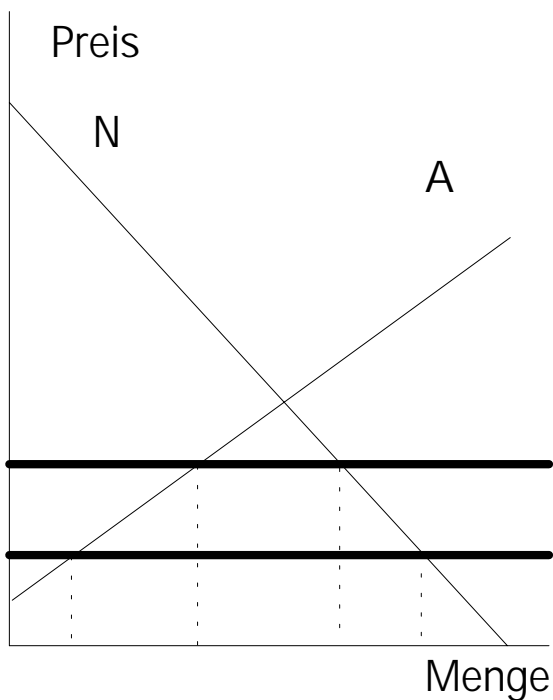
3.1. die Inlandproduzenten

3.2. der Staat



Graphiken 4: Wer verliert bei Einfuhrzöllen

4.1. die Konsumenten



4.2. die Volkswirtschaft

